

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Schnellschuss-Ausverkauf

Die Summe stimmt vielleicht, aber die Rechnung wird für Leipzig nicht aufgehen **Seite 2**

■ Eine Kreuzigung ist keine ...

... Kreuzigung - über die „Propagandalüge“ des Werner Tübke und wie sie ins Heute wirkt **Seite 8**

■ Eine neue poetische Zeit

Vor 150 Jahren starb Robert Schumann **Seite 10**

■ Das Volk wird evakuiert ...

... denn warte, nur balde kommt der Dabbeljuh auch zu uns **Seite 16**

Neue Mail-Anschrift: redaktion@leipzigs-neue.de

15

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
28. Juli

[www.
leipzigs-
neue.de](http://www.leipzigs-neue.de)

Das 100 000er Leipziger Zentralstadion wäre jetzt 50. Im Jahre 1956 ist es

Auferstanden aus Ruinen



Der Wall, aufgeschüttet aus dem Schutt, den der zweite Weltkrieg im Stadtzentrum hinterlassen hatte, umringt auch das neue, viel kleinere, dafür nun wieder moderne Stadion. An die vollen Ränge des im wahrsten Wortsinn volkseigenen Stadions erinnern nur noch

Fotos. Die letzten Meisterschaften, es waren Mehrkampf-Stadtmeisterschaften, veranstaltete der örtliche Leichtathletikverband am 6. und 7. Mai 2000 im leeren, teilweise schon demontierten Stadion.

Seite 3



Schaut man sich im Spruchbeutel der Menschheit um, es findet sich kein gutes Wort über die Juristerei. Beispiel gefällig? *Nie hat ein Dichter die Natur so frei ausgelegt wie ein Jurist die Wirklichkeit* (Jean Giraudoux), oder: *Juristen sind Leute, die die Gerechtigkeit mit dem Recht betrügen.* (Harold Pinter) Alles harmlos, gemessen an dem, was dieser Einleitung folgt. Es ist so übel, dass es auch mit den schärfsten Sprüchen nicht zu überbieten ist – und – es ist typisch Leipzig hier und heute:

Am 1. Mai dieses Jahres, als die auswärtigen Neonazis Worch und Hupka Leipzig gleich mit zwei Marschrouten ihrer braunen Gefolgschaft überrumpeln wollten, trug es sich zu, dass einer aus Hupkas Bande sich provokativ und unmissverständlich äußerte: *„Und dann möchte ich mal die Herren hier in Leipzig von der Stadtführung sehen, wie sie das ihrem Landtag erklären müssen, dass Woche um Woche wieder hunderttausende Euro dafür rausgeschmissen werden, dass wir hier vorm Bahnhof und am*

Gruselige Rechtsauslegung

Ostplatz stehen. Es wäre doch einfacher, die müssten uns marschieren lassen. ... Alternativ hätte ich folgendes Angebot für die Polizeieinsatzleitung: Ich sehe da vorn Räumpanzer, ich seh da einige Schusswaffen, lassen sie uns das machen, das geht viel schneller.“

PDS-Stadtchef Dr. Volker Külow erstattete daraufhin gegen den Redner Alexander Hohensee Anzeige wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten. In einem antifaschistischen Staat, der die Lehren aus seiner Vergangenheit gezogen hat, wüsste jeder Staatsanwalt genügend Paragraphen handzuhaben, um solche Hetze anzuklagen. Nicht so BRD-Staatsanwalt Kruczynski aus Leipzig. Er begründete am 11. Juli die Einstellung des Ermittlungsverfahrens, der Beschuldigte habe „sich durch die vorbenannte Äußerung nicht strafbar gemacht“. Die Aufforderung „ihm und anderen Teilnehmern des Hupka-Aufzuges Räumpanzer und Schusswaffen zu überlassen,

um damit Gegendemonstranten am Blockieren der Aufzugsstrecke zu hindern“ erfüllt nämlich nicht den „Tatbestand der Ernstlichkeit“. Denn: „Die in Streit stehende Rede war nicht geeignet, Polizeibeamte tatsächlich zu veranlassen, im Sinne des Beschuldigten tätig zu werden.“

Allein das staatsanwaltliche Konstrukt, die Polizei hätte der Aufforderung Folge leisten können oder müssen, um dem Nazi „Ernstlichkeit“ vorzuwerfen, macht dem Laien deutlich, wie geschmacklos Juristen zu Werke gehen. Und so wissen wir einmal mehr, Nazis haben Narren- oder Verbrechenfreiheit. Was sie sagen, grölen oder auf Transparente schmieren, das ist „reine Information“, „politische Unmutsäußerung“ oder halt ein bisschen „Provokation“. Denn: Rechts ist Recht. Links ist kriminell. Falls Sie noch weitere Beweise für diese von mir natürlich als reine „politische Unmutsäußerung“ gedachte These wollen – dann lesen Sie u. a. auf Seite 5 unsere Serie zum KPD-Verbot.

• wart

Auf ein Wort bitte



**RALF SCHÄFER,
ATTAC**

... schreibt
zusammen mit
anderen Linken
in dieser
LN-Rubrik

In den letzten 15 Jahren nahm die Entwicklung der Staatsfinanzen bedrohliche Ausmaße an. Hauptursachen sind die Steuergeschenke für Besserverdienende und Unternehmen. Nachdem sich das nicht in der versprochenen Entlastung des Arbeitsmarktes niedergeschlagen hat, bleibt angeblich nur ein zweiter Schlag gegen die Bürger: das Verschmelzen der öffentlichen Güter – auch Privatisierung genannt. Was sich in Leipzig im drohenden Verkauf städtischer Unternehmen wie der LWB oder Stadtwerke niederschlägt, hat auf Bundesebene aktuell sein Pendant in dem geplanten Börsengang der Deutschen Bahn AG.

Der Bürger ist bei den Privatisierungen meist der doppelt Gestrafte: Erstens verliert er die Kontrolle über gesellschaftliche wichtige Ein-

richtungen und zum anderen wird er von den privatisierten Unternehmen meist noch stärker zur Kasse gebeten.

Das zeigt sich auch bei der Bahn. Denn dass nach der Privatisierung Bahnfahren mit Sicherheit nicht billiger wird, hat der Bahnchef Hartmut Mehdorn schon zugegeben. Dabei interessiert ihn wenig, dass der Großteil der Fahrgäste nach einer Studie der Universität Münster eher billiger als schneller fahren möchte.

Des weiteren braucht man sich auch keine Illusionen darüber zu machen, in wessen

Freie Bahn für freie Bürger!

Händen die Aktien der Bahn landen werden. Mehdorn gab im „Stern“ freudig zu Protokoll, dass ausländische Großinvestoren wie Rentenfonds aus den USA, Japan oder dem mittleren Osten schon bereit stünden. Nun bedarf es nicht allzu viel Fantasie, um sich vorzustellen, was denn Priorität hat bei einem ausländischen Großinvestor: Allgemeinwohlbezogene Mobilitätsversorgung oder Rendite?

Nüchtern betrachtet erwartet die Bahn also das übliche Programm: Abbau von Arbeitsplätzen, Stilllegung von nichtrentablen Strecken und die Erhöhung der Fahrpreise. Denn wie soll die Bahn ansonsten eine marktübliche Rendite erwirtschaften?

Momentan macht sie dank Subventionierung rund 200 Millionen Euro Gewinn im Jahr. Bei einem Umsatz von 28 Milliarden viel zu wenig für Rentenfonds. Um attraktiv zu sein, müssten schon 1,5 Milliarden Gewinn rausspringen und das ist ohne radikale Spar- und Stilllegungsmaßnahmen kaum zu erreichen.

Der größte Clou bei der ganzen Sache ist aber, dass der Steuerzahler das Unternehmen auch in Zukunft finanziell unterstützen soll. Im Klartext: Die Bahn muss irgendwie Gewinne für die Großinvestoren erwirtschaften und wird dabei mit Steuer-

milliarden unterstützt. Der Bürger will doch wohl nicht zurück zur Staatsbahn, fragte Mehdorn rhetorisch. Doch wieso eigentlich nicht? Die Schweizer Bahn, vermutlich die effizienteste in Europa, ist staatlich. Und auch die französische Bahn weist einen hohen Standard auf, obwohl sie in staatlicher Hand ist. Demgegenüber befindet sich das privatisierte Eisenbahnsystem Großbritanniens auf dem Niveau eines Entwicklungslandes.

Zum Glück ist der Börsengang noch keine beschlossene Sache. Der Bundestag muss erst noch zustimmen. Und wer weiß – vielleicht gelingt es nach der WM den Bürgern auch mal, für eine wichtige Sache auf der Straße Präsenz zu zeigen?

(Siehe auch: www.bahn-fuer-alle.de)

Unverantwortlicher Schnellschuss

Die Entwicklung der Stadtwerke Leipzig GmbH ist hinlänglich bekannt: Aus einem ehemaligen Kombinatbetrieb wurde ein rentables, wettbewerbsfähiges Unternehmen. Ein Großteil der dafür investierten Summe stammte aus dem Stadtwerke-Gewinn, der durch die vergleichsweise hohen Leipziger Energiepreise erwirtschaftet wurde, ist also – mehr oder weniger direkt – eine Leistung der Bürgerschaft.

Der nunmehr angekündigte hastige Verkauf von rund der Hälfte der Stadtwerkeanteile ist – selbst angesichts des präkären städtischen Haushalts – ein unverantwortlicher Schnellschuss, weil die Stadt damit Vermögen der Bürgerschaft verhöckern würde, und zwar unwiederbringlich. Denn angesichts der Firmeneinkaufs-Strategien der Energie-Multis wird es nie wieder gelingen, Anteile zurückzukaufen, wie das nach dem Anteile-Verkauf an die MEAG möglich war.

Für eine wirtschaftlich geschwächte Kommune wie Leipzig mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Arbeitslosen spielen Stadtwerke, die diesen Namen wirklich verdienen, auch künftig eine besonders wichtige Rolle. Im Übrigen raten alle seriösen Untersuchungen zum Umgang mit Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge dringend davon ab, sich von diesem zentralen Teil des kommunalen Vermögens zu trennen und ihn blind zügellos dem privaten Verwertungsinteresse zu unterwerfen.

Das Veto der Linkspartei zum Verkauf schließt dennoch ein, über Alternativen nachzudenken. Akzeptabel wäre für sie allenfalls der Verkauf von Minderheitsbeteiligungen. Allerdings nur unter der Bedingung, dass nicht unter Druck verkauft, sondern ein akzeptabler Erlös erzielt wird. Insofern war die Ankündigung, Leipzig will Stadtwerke-Anteile verkaufen, verkaufpsychologisch schon ein gewaltiger Flop.

Die bessere Lösung wäre ohnehin die kommunale unternehmerische; nämlich wichtige Teile der Unternehmen der Daseinsvorsorge in städtischen Technischen Werken zusammenzufassen, wodurch – durch Wegfall und durch Reduzierung – erhebliche Einsparungen in den Management-Ebenen möglich wären. Diese Variante wäre die bürgerfreundlichste.

• V. K.

Jedes Jahr neu

In jedem Sommer entfliehen die Petersburger aus ihrer Stadt in Richtung Nordwesten, hin zu den Erholungsgebieten am Ostseestrand. Hier tauchte im heißen Sommer 1917 auch der soeben aus dem Exil heimgekehrte Lenin ab, um in einer Strohhütte (schalash) auf die Stunde der Revolution zu warten. Zu Sowjetzeiten war der Ort eine Sehenswürdigkeit. Schulklassen, Reisegruppen und Delegationen suchten die jedes

Jahr in alter Partisanentradition neu erbaute Strohhütte auf.

Rechtzeitig zum Petersburger G-8-Treffen wurde eine neue Ausstellung, die über die Ankunft Lenins in Petersburg und die Vertreibung der Zarenclique berichtet, eröffnet.

Zu Sowjetzeiten gab es einen, dort gewiss nicht verbreiteten Witz: Statt des einbalsamierten Lenins lag im Moskauer Mausoleum eines Tages nur ein Zettel: Bin im schalash. Fangen nochmal von vorne an.

• WAL



... wäre nicht ein zweiter Weihnachtsbaum für übernächstes Weihnachten auch noch angebracht? Karikatur Michael K. Dobisch

LESER MEINEN

Fragen, Fragmente und Fragwürdiges

Friedens-Lesung in der Volkshochschule

Wer Ellen Rohlfs kennt, wusste längst, dass er mit Informationen aus allererster Hand konfrontiert werden würde. Denn sie, die häufig in Palästina und Israel weit, hat inzwischen Freunde auf beiden Seiten gewonnen. Solche, die sich wie sie einzig für den Frieden einsetzen.

Unerschrocken berichtet Ellen Rohlfs über ihre dortigen Erlebnisse. Denn die inzwischen 79-jährige ist auch eine Schreibende. Und lässt dabei immer wieder die Betroffenen berichten, nicht als Israelis, Palästinenser oder Juden, sondern als Menschen, die mehr als alles andere den Frieden herbeisehnen.

Mit dem Aufruf „Höre Europa, höre doch!“ wendet sie sich an jeden Einzelnen von uns, nicht wegzuschauen, zu verdrängen. Ist, hinter Schuldgefühlen versteckt, ein Friedenseinsatz möglich? Jeder, der bemüht ist, Geschichte wirklich zu verstehen, sollte differenzieren. Versuchen, zu verstehen, zu analysieren und konsequent für den Frieden einzutreten.

Als Ellen Rohlfs über eine acht Meter hohe Mauer berichtet, die stellenweise gar 14 Meter hoch ist und jetzt scheinbar zum normalen Leben dazugehört soll – geht auch das unter die Haut. Die in der Hauptsache jungen Zuhörer und Zuhörerinnen jedenfalls sind ganz Ohr. Ihre Betroffenheit über jene so unfassbaren Dinge, die vermeintlich fern, aber plötzlich mitten im Raum sind, wird spürbar. So spürbar, wie Ellen Rohlfs bedingungsloser Einsatz für den Frieden

H. CHROSTEWITZ

Achtung

LN hat

redaktion@leipzigs-neue.de

neue
E-Mail-
Anschrift

Was ist uns dieser City-Tunnel teuer

Internes Papier belegt
Kostenexplosion

LN. Dietmar Pellman, für die Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag, fragte dort seit Baubeginn wiederholt nach, ob a) sich die Kosten für den Leipziger Tunnelbau erhöhen, und ob b) der Termin in Gefahr sei.

Auf beide Fragen antwortete der Wirtschaftsminister jedesmal: Keine Kostenerhöhung, kein Terminverzug.

Und nun, am 24. Juli, explodierte die Bombe, gezündet von Wirtschaftsexperten der Linkspartei, die die ihnen anonym zugespielten und höchstwahrscheinlich stimmigen Informationen nicht geheim halten wollten: Leipzigs Tunnel-Großprojekt wird womöglich 73,3 Millionen Euro teurer. 10,2 Millionen fließen in höhere Preise und Löhne, 40,7 Millionen Euro sind als „sonstige Mehrkosten“ ausgewiesen. Zusätzliche Planungsleistungen verschlangen 22,4 Millionen Euro. Es habe beispielsweise, weil die Bodenverhältnisse anders als angenommen waren, einen „gravierenden Überarbeitungsbedarf“ gegeben. Nur nebenbei – kaum eine andere ostdeutsche Stadt war so gründlich in ihren Bodenverhältnissen erforscht wie Leipzig. Aber der – angebotene – Expertenrat wäre Ossi-Rat gewesen. Wohl indiskutabel für die Chef-Tunnelbauer.

Inzwischen dementiert Dresden heftig, aber nicht wirklich überzeugend. Die Linkspartei fordert nun von der Landesregierung Aufklärung.

Linksfraktion.PDS mit neuem Vorstand

LN. Am 13. Juli 2006 wählte die Linksfraktion.PDS im Stadtrat zu Leipzig turnusgemäß einen neuen Fraktionsvorstand. Fraktionsvorsitzende wurde Dr. Ilse Lauter, ihre Stellvertreter sind Ines Hantschick und Reiner Engelmann. Der langjährige Fraktionsvorsitzende Dr. Lothar Tippach wollte nach über 15 Jahren den Staffeltab übergeben, das Stadtratsmandat wird er behalten.

Gedanken zum 50.

Etwa zeitgleich mit meinem Studienbeginn 1956 und dem damit verbundenen Umzug nach Leipzig habe ich die letzten Bautätigkeiten am Riesenoval „hautnah“ erlebt. Von der Nordanlage aus, unserer Trainingsstätte, hatten wir den damals noch kahlen Stadionhang immer vor Augen. Die ziegelrote Bahn wurde am 4. August im Rahmen der Festübungen eingeweiht. Über 1500m gewann der spätere Olympiazweite Klaus Richtzenhain in 3:46,2 min.

Aber das erste Messesportfest am 2. September sprengte alle Maßstäbe. Vor der Rekordkulisse von über 100 000 Zuschauern fanden gesamtdeutsche Olympiüberprüfungswettkämpfe unter Flutlicht statt.

Erstmals habe ich am 1. Juni 1957 „Kontakt“ mit dem Riesenstadion aufgenommen. Bei einem Mannschaftsmeisterschafts-Durchgang belegte ich mit 48,44 m im Diskuswurf den zweiten Platz. 1958 verlor ich die EM-Ausscheidungen wegen einer Fußverletzung. Den größten Erfolg feierte ich 1959 zu den DDR-Meisterschaften im Rahmen des III. Deutschen Turn- und Sportfestes. Ich gewann den Meistertitel knapp vor meinem Dauerrivalen Fritz Kühl. Mein letzter Länderkampf war zugleich der erste im Zentralstadion. Ich absolvierte ihn unter Flutlicht gegen Schweden.

Danach lernte ich das Stadion als Trainer und ab 1977 auch als Wettkampfrichter kennen. Bei den über zweihundert Kampfrichtereinsätzen war das Ausfüllen von Weltrekord-Protokollen eine schöne „Nebenbeschäftigung“.

Auf Antrieb fallen mir noch diese Höhepunkte zum Stadion ein: 1955: Manfred Preußers Rekordsprünge mit dem Stab mussten oft mit einer wackligen Bockleiter nachgemessen werden. 1959/60: Zwei DDR-Meisterschaften in Folge mit dem ersten Weltrekord durch Gisela Birkemeyer 10,5 sek. über 80m Hürden im Olympiajahr 1960. 1969: Abschied von der Aschenbahn mit Weltrekord durch Karin Balzer über 100m Hürden in 13,0 Sekunden ...

Fragestellung nach der Wende: Wann werden wieder große Leichtathletik-Wettkämpfe stattfinden? Eindeutig die Antwort: „Die Anlagen und das Umfeld entspricht nicht mehr den Anforderungen der 90er Jahre.“ So wurden nur noch auf Landesebene Wettkämpfe ausgetragen bis dann am 6./7. Mai 2000 bei den Stadtmehrkampfmeisterschaften der letzte Startschuss durch das Stadionrund schallte. Vorher, am 28. Januar war in Anwesenheit hoher bundesdeutscher politischer Prominenz und DFB-Funktionäre, bereits die Grundsteinlegung für eine neue Fußballarena erfolgt.

Als „Dank“ sahen wir 2006 fünf WM-Spiele.

Die Leichtathletik fristet auf der zum Teil rekonstruierten Nordanlage ein bescheidenes Dasein.

• MANFRED GRIESER

Viele Jahre die größte Arena Deutschlands

50 Jahre Zentralstadion in Leipzig

„... Es verspricht eine große Zeit für Architekten zu werden. Die Städte liegen noch in Trümmern. Häuser, Fabriken und Sportanlagen müssen gebaut werden. Auch in Leipzig. Dort entsteht 1951 nicht nur das Schwimmstadion auf dem Gelände der Frankfurter Wiesen, westlich des Zentrums. Eine Sportschule und ein großes Stadion sind ebenfalls in Planung. Das ganze Areal soll zu einem ‚Sportforum‘ ausgebaut werden. Das Vorhaben ist gewaltig.“

... In der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung beginnt der Bau des Stadions der Hunderttausend mit einem Ministerratsbeschluss vom 9. Februar 1955. Die Vorgaben für die Architekten sind knapp und eindeutig. „Es hat am 2. August 1956 fertig zu sein. Hunderttausend Besucher soll es aufnehmen können und nicht mehr als 28 Millionen Mark kosten.“

Nachzulesen sind obige Fakten im Buch *Zentralstadion Leipzig – Vom Stadion der Hunderttausend zum Fußballtempel*.

Das Zentralstadion war die größte sportstättenbauliche Herausforderung für die junge DDR. Die politische Führung des Landes erkannte schon frühzeitig die Wirkung sportlicher Erfolge für die politische Anerkennung in der internationalen Staatengemeinschaft. Zwei Jahre nach dem „Wunder von Bern“ – dem Sieg der bundesdeutschen Fußball-Nationalmannschaft zur Weltmeisterschaft in der Schweiz – feierte man in Leipzig die Einweihung des Stadions der Hunderttausend. Innerhalb von 15 Monaten haben Architekten, Bauleute und fast 180 000 freiwillige Helfer das „Zentralstadion“ termingerecht fertig gestellt. Die Eröffnung des Stadions erlebte der Architekt Eitel Jackowski in einer Reporterkabine des Stadions. „Es war überwältigend. Hunderttausend in einem Stadion, das hatte noch keiner gesehen.“

Nach der Eröffnung war das Stadion oft bis zum letzten Platz gefüllt. Viele internationale und nationale Sportveranstaltungen fanden in ihm statt. Erinnert sei hier an die Turn- und Sportfeste, die vielen Spartakiaden und Meisterschaften in der Leichtathletik. Aber auch die internationalen Fußballvergleiche im Stadion sollen nicht vergessen werden. Vielen Stars des internationalen Sports, die durch den Stadiontunnel in das Stadionrund traten, schlug die euphorische Stimmung der Zuschauer entgegen. Eine Liste aller Stars, die im Stadion mindestens einen Wettkampf absolvierten, kann an dieser Stelle nicht abgedruckt werden. Sie würde den Rahmen unserer Zeitung sprengen.

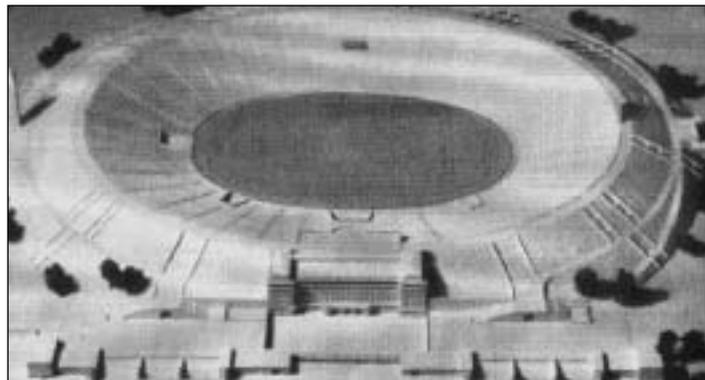
Trotzdem sollten einige stellvertretend genannt werden:

Fritz Walter, einer der Weltmeister von 1954 spielte bereits am 6. Oktober 1956 mit seiner Mannschaft, dem 1. FC Kaiserslautern gegen die SG Wismut Karl-Marx-Stadt vor 110 000 Zuschauern. Ihm folgten unter anderem später der Portugiese Eusebio, der Argentinier Diego Maradona oder die italienische Torhüterlegende Dino Zoff mit ihren Mannschaften.

Auch die Leichtathletikveranstaltungen waren stets Publikumsmagnete – bei weitem nicht nur der Tatsache geschuldet, dass Leipzig ein Zentrum der DDR-Leichtathletik war. Erinnert sei hier an Thomas Munkelt, der heute noch auf der Nordanlage des Sportforums den Hallenrekord im Hürdensprint hält. Der Leipziger trainierte früher oft im Zentralstadion.

Bei den Leichtathletinnen sei hier nur an die mehrfache deutsche Meisterin und Olympiasiegerin Heike Drechsler erinnert. Die Stadionatmosphäre beflügelte sie jedesmal, egal ob sie sprintete oder weit sprang.

Persönlich erlebte ich während des VIII. Turn- und Sportfestes einen von vielen Welt-, Europa- oder DDR-Rekorde. Petra



Das Modell des Stadions der Hunderttausend von den Architekten Eitel Jackowski, Karl Souradny und Heinz Schütze von 1955

Felke warf am 29. Juli 1987 den Speer 78,90 Meter. Ein Jahr später gelang der Jenaerin dann im Potsdamer Luftschiffhafen-Stadion als erste Frau der Welt ein 80-Meter-Wurf.

Leider begann bereits in den achtziger Jahre der Zahn der Zeit am Zentralstadion zu nageln. Es fehlte immer wieder an Kapazitäten, um es zu erhalten.

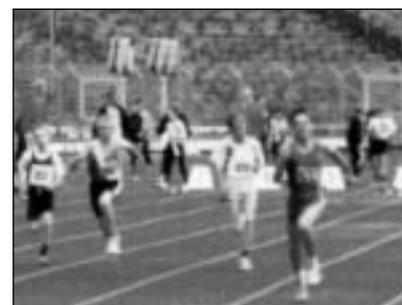
Mit der Niederlage der DDR begann der end-

gültige Abstieg des Zentralstadions in die Bedeutungslosigkeit. Der fortschreitende Zerfall der Zuschauertribünen, unter anderem auch hervorgerufen durch die Zerstörungswut sogenannter Fußball-Fans, führte dazu, dass immer mehr Bereiche der Tribünen für die Zuschauer gesperrt werden mussten. Hinzu kamen die Interessen des gesamtdeutschen Sports. Wenn auch nicht offen ausgesprochen – aber das größte Sportstadion Deutschlands durfte nicht im Osten stehen. Also mussten Mittel und Wege gefunden werden, um dies zu ändern.

Für den 21. November 1990 war ein Freundschaftsspiel zwischen der bundesdeutschen Nationalmannschaft und einer Auswahl ehemaliger DDR-Nationalspieler geplant. Knapp drei Wochen vorher kam es zu schweren Ausschreitungen von Hooligans beim EM-Qualifikationsspiel Luxemburg gegen die BRD und einige Tage später zu Ausschreitungen in Leipzig anlässlich des Oberligaspiels von Sachsen Leipzig gegen den FC Berlin. Hier gab es sogar einen Toten. Damit war die Politik gefordert. Der damalige sächsische Innenminister Rudolf Krause nach der Absage des geplanten Spiels: „Aufgrund der jüngsten Ereignisse und des baulichen Zustands des Zentralstadions ist es nicht zu verantworten.“

Fünf Jahre später ist die Fußballgeschichte des Stadions zu Ende. Den wirklich allerletzten Wettkampf erlebten die Leichtathleten im Zentralstadion. Der örtliche Leichtathletikverband führte am 6. und 7. Mai 2000 seine Mehrkampf-Stadtmeisterschaften durch.

Am Sonntag gab es noch Wettkämpfe im Stadion (mit bereits abgeknickten Flutlichtscheinwerfermasten auf den Zuschauertribünen). 24 Stunden später kamen die Abriss-Bagger. Was Mitte der fünfziger Jahre vom Volk für das Volk geschaffen worden war, Volkes Eigentum,



Der letzte Wettkampftag.

wurde beseitigt.

Mitten im alten Zentralstadion steht heute ein neues, interessantes (Sport)-Fußball-Stadion für 40 000 Zuschauer – es war sogar WM-tauglich. Es gehört einem einzigen Mann.

Die einstmals hier spielende Fußballmannschaft versank in der Viertklassigkeit. War sie wirklich so schlecht? Irgendwie lassen italienische Verhältnisse grüßen. Denn Siegen, das heißt inzwischen viel zu oft, das Geld hinter sich zu haben. Tröstlich, dass unser altes Sportstadion das nicht erleben musste.

• RALF FIEBELKORN



*Splitter aus der jüngsten
Leipziger Stadtratssitzung*

Betroffenen-Mitsprache bei ARGE

In den letzten Jahren stieg die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 50.000. Vor diesem Hintergrund ist eine bessere Abstimmung und Verständigung zwischen den Arbeitssuchenden und der Arbeitsverwaltung anzustreben. Künftig sollen zwei Mitglieder aus Betroffenenverbänden der Arbeitssuchenden bei Arge über ihr Schicksal selbst mitberaten und mitentscheiden können.

Kein Kulturgroßbau

Mit übergroßer Mehrheit wurde ein Prüfauftrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne abgelehnt. Damit wird sich die Stadt nicht auf ein Bildungs- und Kulturzentrum am Leuschnerplatz einlassen. Noch ist der Bau des Bildermuseums nicht abgeschlossen, braucht die MuKo weitere Investitionsmittel, befindet sich die Oper in einer mehrjährigen Generalsanierung, gibt es Grundstücksprobleme beim Schauspielhaus und Begehrlichkeiten für ein Kulturzentrum „Feinkost“.

OBM dankt für WM

Oberbürgermeister Burkhard Jung bedankte sich bei den Leipzigerinnen und Leipzigern sowie den Mitarbeitern der zahlreichen an der Vorbereitung und erfolgreichen Durchführung der Fußball-WM im Spielort Leipzig beteiligten städtischen Ämtern. Von der FIFA und zahllosen Gästen sei die Gastfreundschaft und der professionelle Ablauf hervorgehoben worden. Von 210 000 Besuchern in 5 Spielen im Stadion kamen 118 000 aus dem Ausland.

Zoo noch attraktiver

Mit dem Beschluss des strategischen Konzeptes „Zoo der Zukunft“ wurden die Entwicklungsziele dieser wichtigen Leipziger Kultur- und Bildungseinrichtung fortgeschrieben. Festgeschrieben wurde die Absicht zum Bau der Tropenhalle „Tropenerlebnis Gondwanaland“ sowie die weitere städtische Förderung.

Ein Junger neben Jung



*Heiko Rosenthal,
Linkspartei.PDS
Beigeordneter für
Umwelt, Ordnung und Sport.
geb. am 18. Oktober 1974*



*Uwe Albrecht, CDU
Beigeordneter für
Wirtschaft und Arbeit.
geb. am: 19. Juli 1957*



*Prof. Dr. Thomas Fabian, SPD
Beigeordneter für
Jugend, Soziales
Gesundheit und Schule.
geb. am 7. Dezember 1955*

*... gewählt am 19. Juli in
geheimer Abstimmung.*

Mit der Wahl von Heiko Rosenthal zum Beigeordneten für Umwelt, Ordnung und Sport in der Ratsversammlung vom 19. Juli zieht erstmals ein Kandidat der Linkspartei in die Verwaltungsspitze des Leipziger Neuen Rathauses ein.

Mit den Stimmen der Linkspartei und denen der SPD-Fraktion war die Wahl des 31-jährigen Verwaltungsjuristen Rosenthal, der vom neuen Oberbürgermeister nominiert worden war, gelungen. Burkhard Jung hatte bereits in seiner Antrittsrede angekündigt, sich bei der Neubesetzung der seit Monaten vakanten Beigeordnetenstellen von der Orientierung der sächsischen Gemeindeordnung leiten zu lassen, nach der sich in der parteipolitischen Zusammensetzung der kommunalen Verwaltungsspitze die Zusammensetzung des Stadtrates widerspiegeln soll.

Mit den Kommunalwahlen von 2004 war die Linkspartei an der Pleiße mit 19 Stadträten ins Rathaus eingezogen und befand sich damit auf gleicher Augenhöhe mit den Sozial- und Christdemokraten. Die Besetzung der sieben Beigeordnetenposten jedoch war seit Beginn der neunziger Jahre durch Absprachen zwischen den Fraktionen der SPD und der CDU vorentschieden worden. Die jetzt auf die unterschiedlichsten Ursachen zurückzuführenden Vakanzen boten nunmehr erstmals die Möglichkeit, hier ein Stück Normalität einzuziehen zu lassen.

Der Nominierung Rosenthals, der seit dem Abschluss Studium der Rechtswissenschaften an der Leipziger Universität und der Referendarzeit als Referent beim Regierungspräsidium in Chemnitz arbeitet, durch Oberbürgermeister Jung war eine akribische Suche nach einem fachlich tragfähigem Kandidaten, mit dem auch die erforderliche Mehrheit im Stadtrat erzielt werden kann, durch die Leipziger Linkspartei vorausgegangen. Dessen ungeachtet wurde in den letzten Tagen vor der Wahl eine mediale Schlammeschlacht durch die lokale Tagespresse entfacht, die gerade die fachliche und persönliche Eignung Rosenthals in Zweifel zu ziehen suchte. Es sei lediglich sein Parteibuch, das seine No-

minierung begründe, so die mit Vehemenz unters Volk gebrachte Botschaft. Die Kampagne gipfelte in der Behauptung, Oberbürgermeister Jung wolle mit Rosenthals Favorisierung seiner Parteifreundin Petra Köpping einen Dienst erweisen, die als ehemalige Ehefrau von Rosenthals Vater derzeit Landrätin im Kreis Leipziger Land ist. Eine Woche vor der entscheidenden Ratsversammlung schließlich brachten zwei Stadträte von der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen mit einem gemeinsamen Antrag einen Gegenkandidaten ins Spiel, der von den gleichen Medien als der eigentliche Fachmann hoch geschrieben wurde und dem Vernehmen nach auch von der CDU Unterstützung fand.

Mit 38 von 68 gültigen Stimmen wurde Heiko Rosenthal im ersten Wahlgang dennoch sicher gewählt. Da bei Linksfraktion und SPD zusammen lediglich 37 Stadträte anwesend waren, muss eine Stimme auch aus dem Lager der Gegner Rosenthals hinzu gekommen sein. Für Linksfraktionschef Lothar Tippach, der am 19. Juli seine letzte Ratsversammlung im Amt bestritt, ein würdiger Abschluss seiner über fünfzehnjährigen Arbeit als kommunalpolitischer Frontmann. Neben den mit der Wahl eines eigenen Kandidaten nunmehr besseren Chancen für seine Fraktion zur Umsetzung eigener Konzepte und Ideen machte Tippach zugleich auch auf die damit verbundene größere Verantwortung aufmerksam, die durch die Linksfraktion im Leipziger Stadtrat nicht nur in „Schönwetterperioden“ wahrgenommen werden könne. Der neu gewählte Beigeordnete brauche die volle Unterstützung. Dafür sei auch ein Umdenken un-ter den linken Leipziger Stadträten erforderlich, gab der scheidende Fraktionschef seinen Kollegen auf den Weg.

• JAN DIETRICH

Kulturprojekt eingestellt

Das Europahaus Leipzig e.V. sieht sich, wie die Geschäftsführerin Frau Dr. Maria-Grayna Peter Ende Mai 2006 mitteilte, angesichts der generell angespannten Finanzsituation nicht mehr in der Lage, das Projekt *Russen in Leipzig* in einer zweiten veränderten und ergänzten deutschen Ausgabe weiterzuführen und herauszubringen. Die für den Druck erforderlichen Mittel werden durch die bisher eingeworbenen Sponsorengelder nicht gedeckt; Bemühungen des Europahauses und meinerseits um weitere Sponsoren blieben erfolglos. Deshalb hat das Europahaus offiziell die Arbeit an diesem Projekt aufgegeben; die Zusammenarbeit mit mir als zuständigem ehrenamtlichen Projektleiter wurde einvernehmlich gelöst. Leider blieben meine Bemühungen, für das gleiche Projekt unter veränderten Bedingungen andere

(billigere) Unterstützer in den hiesigen deutsch-russischen Vereinen zu finden, ebenfalls ergebnislos, bisher jedenfalls. Das bedeutet: das Heft wird 2006 in keinem Fall erscheinen. Ob es unter veränderten Rahmenbedingungen möglich sein wird, ein ähnliches Buchprojekt über das russische Leben in Leipzig in Vergangenheit und Gegenwart zu entwickeln, ist völlig offen. Mir bleibt, Ihnen für die Mitarbeit an dem Projekt zu danken. Das betrifft vor allem jene Kolleginnen und Kollegen, die für die zweite Ausgabe neue oder doch stark veränderte Beiträge geliefert haben. Ich hoffe sehr, sie finden dafür andere Publikationsmöglichkeiten. Es ist schade um die viele Arbeit, aber was soll man machen....

• ERHARD HEXELSCHEIDER

Stadtteile entscheiden

LN. Auch das Antidiskriminierungsbüro in Leipzig wies anlässlich des Integrationsgipfels der Bundesregierung im Juli 2006 darauf hin, dass Integration nicht von Chancengleichheit und wirksamen Schutz vor Diskriminierung getrennt werden kann. Die Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist nicht nur ein längst überfälliger Schritt zur Bekämpfung von Rassismus, sondern auch ein wichtiges Integrationsinstrument. Denn Integration ist mehr als nur Spracherwerb, sie setzt immer die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft voraus, denn Integration ohne durchsetzbare Rechte bleibt letztlich nur eine Wort-hülse. In diesem Sinne sollte die Anti-diskriminierungsarbeit verstanden werden als Aufgabe für alle wichtigen Lebensbereiche von MigrantInnen in der Kommune.

Das erfordert eine bessere Verzahnung von Stadtplanungs-, Bildungs-, Kultur-, Sozial-, Gesundheits-, Beschäftigungs- und Wohnpolitik. In der Diskussion über Integration und Nicht-Diskriminierung sind die Erfahrungen der Städte und Kommunen unverzichtbar. Denn vieles wird auch in Leipzig in den Stadtteilen entschieden. Daher ist die Einrichtung unabhängiger Anti-diskriminierungsstellen auf kommunaler bzw. regionaler Ebene notwendig. Lang-jährige Erfahrungen in der Beratungsarbeit zeigen, dass eine Stelle auf Bundesebene zur Unterstützung der Betroffenen nicht ausreicht. Die Fragen und Probleme dieser gewiss nicht einfachen Thematik dürfen nicht einseitig an Menschen mit Migrationshintergrund verwiesen werden, sondern sind an die gesamte Gesellschaft zu richten.

Am Sonnabend, den 18. August 1956, warteten von Kiel bis München die Abonnenten von elf Tageszeitungen vergeblich auf ihr bestelltes Exemplar. Es waren die Leser der kommunistischen Presse, für die die im Artikel 5 des Grundgesetz festgeschriebene Pressefreiheit nicht mehr galt. Denn mit dem am Vortag verkündeten Verbot der KPD, waren davon zugleich auch ihre Zeitungen betroffen.

Das Verbot der westdeutschen KPD-Presse im August 1956 war der Höhepunkt einer Verfolgung, der sie sich seit ihrer Wiedergründung nach der Befreiung vom Faschismus ausgesetzt sah. Auf Grund der unterschiedlichen Lizenzpolitik der Westalliierten, verfügte die Partei bis zur Gründung der Bundesrepublik nur in der britischen und französischen Zone über Zeitungen. Die Amerikaner ließen anfänglich keine Parteizeitungen zu, sie vergaben die Lizenzen für die Herausgabe einer Zeitung jeweils an mehrere Personen verschiedener politischer Richtung. Auch einige Kommunisten gehörten dazu, zum Beispiel Emil Carlebach für die *Frankfurter Rundschau* oder Prof. Rudolf Agricola für die *Rhein-Neckar-Zeitung*. Doch kaum war mit der Truman-Doktrin 1947 dem „Kommunismus“ der Kalte Krieg erklärt, wurden den kommunistischen Herausgebern die Lizenzen wieder entzogen. In der britischen und französischen Zone

50 Jahre KPD-Verbot (IV)

„Pressefreiheit wird gewährleistet“ aber nicht für Kommunisten

Nachbetrachtung zu einer Anhörung im Bundestag*

Die Hamburger Volkszeitung, bereits 1933 von den Faschisten verboten, wird am 17. August 1956, wenige Minuten nach der Verkündung des KPD-Verbots durch das Bundesverfassungsgericht, von bundesdeutscher Polizei besetzt, durchsucht und versiegelt. Das Gebäude, einschließlich des Inventars und die Druckerei, werden beschlagnahmt und später dem Staat übereignet.

Foto: Archiv des Verfassers



unterstanden die kommunistischen Zeitungen nicht nur der Zensur der Militärregierungen, sie wurden von ihnen immer öfter für mehrere Wochen und Monate verboten. Von 1947 bis 1951 verfügten die westalliierten Militärregierungen bzw. (nach der Gründung der BRD) die Hohen Kommissare 50-mal die Schließung von KPD-Zeitungen zwischen zwei Wochen und drei Monaten. In

zwei Fällen wurden zudem die Lizenzen wieder entzogen, so dass die in NRW erscheinenden *Westdeutsches Volks-Echo* und die *Freiheit* ihr Erscheinen einstellen mussten. Das immer wieder gezielte Ausschalten

der kommunistischen Presse war darauf gerichtet, der KPD die Stimme zu nehmen, mit der sie ihre Kritik an der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Westzonen in die Öffentlichkeit tragen konnte. Neben der beträchtlichen Einschränkung der Pressefreiheit der KPD, bedeuteten diese Verbote zugleich starke ökonomische Verluste für die Parteiverlage. Denn wer abonniert schon eine Zeitung, die immer wieder verboten wird? So wurde auch auf diesem Wege eine Schwächung der KPD-Presse erreicht.

„Der Kalte Krieg und die Konfrontation der Gesellschaftssysteme bestimmten in Westdeutschland darüber, für wen das (im Grundgesetz ‚jedem‘ garantierte) Grundrecht der Pressefreiheit galt. Darunter hatten außer mir viele Redakteure kommunistischer Zeitungen zu leiden“, schreibt Günther Wilke, von 1950 bis 1956 Redakteur der *Hamburger Volkszeitung* in einem Rückblick. Bleibt nachzutragen: In den zwei Jahren, in denen Günther Wilke als verantwortlicher Redakteur der *HVZ* zeichnete, wurden gegen ihm 54 Strafverfahren eingeleitet.

• EDMUND SCHULZ

* Öffentliche Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE: 50 Jahre KPD-Verbot am 1. Juni 2006

Von JOACHIM TESCH

2004 und 2005 hat die Einwohnerzahl Leipzigs zugenommen, sich aber zugleich die soziale Polarisierung verschärft. Ergeben sich daraus für den Stadtbau neue Akzente?

Die Zahl der Einwohner nimmt aus Sicht der Stadt erfreulicherweise seit einigen Jahren infolge von Wanderungsgewinnen im Gegensatz zur Entwicklung in den ländlichen Räumen Sachsens zu. Diese Zunahme der Einwohnerzahlen verringert den Wohnungsleerstand, ohne das Problem wirklich zu lösen – weder gesamtstädtisch noch in den besonders betroffenen Ortsteilen. In der Stadt insgesamt würde bei gleichbleibendem Wohnungsbestand (Abriss und Neubau gleichen sich seit einiger Zeit und weiter absehbar annähernd aus) und kontinuierlicher wachsender Einwohnerzahl ein halbes Jahrhundert benötigt werden, um auf diesem Wege den Leerstand zu überwinden. Denn den jährlich etwa 1000 zusätzlichen Haushalten stehen rund 50 000 leere Wohnungen gegenüber. Außerdem kommt dieser Einwohnerzuwachs nicht allen Ortsteilen gleichermaßen zugute. Wo die Einwohnerzahlen in den Jahren 2004 und 2005 gegenüber 2003 (in Prozent) am meisten zunehmen – Zentrum-West (7,9), Plagwitz (7,3), Südvorstadt (7,0), Schleußig (6,5), Zentrum-Nordwest (6,3) und Gohlis-Süd (6,1) – gibt es meist ohnehin einen unterdurchschnittlichen Wohnungsleerstand; Ausnahmen bilden nur Plagwitz und Schleußig mit einem Leerstand von 20 bzw. 23 Prozent.

In den Ortsteilen mit den größten Abnahmen in 2004 und 2005 gegenüber 2003 (in Prozent) – Dölitz-Dösen (-9,5), Grünau-Nord (-7,7), Zentrum (-4,8), Lausen-Grünau (-4,5), Grünau-Mitte (-4,3) und Mockau-Nord (-3,6) – ist in der Mehrzahl bereits ein hoher Leerstand zwischen 17

und 24 Prozent vorhanden; Ausnahmen bilden das Zentrum und Lausen-Grünau. Auch in Bezug auf die doppelt benachteiligten Ortsteile – gekennzeichnet durch hohen Leerstand und sehr geringe Haushaltseinkommen – sind die euphorischen Kommentare, die in anderen Leipziger Blättern zu lesen waren („Schmuddelviertel blühen auf“) nicht angebracht. Ortsteile mit den höchsten Wohnungsleerständen ziehen aus den innerstädtischen Wanderungen in der Mehrzahl nur geringe

Vorteile (zwischen 0,5 und 4,4 Prozent); in Schönefeld-Abnandorf ist sogar ein weiterer Einwohnerverlust zu konstatieren. Trotz einiger Ausnahmen lässt sich vorsichtig verallgemeinern, dass sich zwar in den Ortsteilen mit Wanderungsgewinnen der Leerstand verringert und in den Ortsteilen mit großer Abwanderung eine Zunahme des Leerstandes droht, jedoch die innerstädtischen Wanderungen nicht ausreichen, um in den Ortsteilen mit den größten Wohnungsleerständen eine wirkliche Wende herbeizuführen. Vielmehr verschärft die wachsende Polarisierung der Einkommensverhältnisse die sozialen Unterschiede zwischen den Ortsteilen. Wie die Tabelle zeigt, haben sich von 2003 bis 2005 die Anteile der Haushalte sowohl mit dem niedrigsten als auch dem höchsten Einkommen erhöht, während der mittlere Einkommensbereich ausgedünnt wurde. *Tabelle: Monatliches Haushalts-Nettoeinkommen – Anteile Leipziger Haushalte in Prozent (Quelle: Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig, Bürgerumfragen 2003 und 2005.)* Besonders gravierend ist die Erhöhung

Jahr	Unter 1000 €	1000 bis unter 2000 €	2000 bis unter 3000 €	3000 € und mehr
2003	27	45	19	9
2005	31	40	19	10

des Anteils der Haushalte mit weniger als 1000 Euro zulasten des Anteils derjenigen mit 1000 bis 2000 Euro. In absoluten Zahlen ausgedrückt: Die Anzahl der Haushalte, die sich mit weniger als 1000 Euro im Monat begnügen müssen, ist im Laufe der zwei Jahre von 75 000 auf 87 000 gestiegen. Die Armut in der Stadt nimmt signifikant zu. In der Stadt leben ca. 50 000 Arbeitslose (Quote etwa 20 Prozent), 12 000 Leistungsempfänger SGB III und ca. 80 000 Leistungsemp-

rigsten Haushaltseinkommen die Situation weiter verschlechtert hat, und zwar sowohl bei den dort Eingesessenen als auch durch Zuzüge von Haushalten mit meist unterdurchschnittlichen Einkommen. In den Worten von Hinrich Lehmann-Grube liest sich das wie folgt: „Es entwickelt sich eine sozial benachteiligte Schicht, in der es schon Verwahrlosungserscheinungen gibt.“ (LVZ v. 1./2.07.06, S. 20)

Was ergibt sich daraus für die Politik

„Schmuddelviertel“ blühen nicht auf

Polarisation der Einkommensverhältnisse verschärft Situation in Leipziger Ortsteilen

fänger SGB II. Hinzu kommen Berufstätige mit prekärem Einkommen, Alleinerziehende, alleinlebende Rentnerinnen und andere einkommensbenachteiligte Personen bzw. Haushalte. Ihre Zahl nimmt zu; so bewirkte Hartz IV keine Verminderung der Arbeitslosigkeit, vielmehr wächst die Zahl der Langzeitarbeitslosen (bei annähernd konstanter Gesamtzahl der Arbeitslosen) jahresdurchschnittlich: von 20 187 (2003) über 20 905 (2004) auf 22 609 im I. Quartal 2006 bei sich verschlechternden Einkommensverhältnissen.

Nach Ortsteilen ist eine quantifizierte Aussage zur Entwicklung der Haushaltseinkommen von 2003 bis 2005 leider nicht möglich, da das städtische Amt für Statistik und Wahlen im Unterschied zur Bürgerumfrage 2003 bei der Auswertung der aktuellen Umfrage keine Ergebnisübersicht nach Ortsteilen veröffentlicht hat und diese auch nach Anfrage nicht einsehbar waren. Verschiedene Indizien, wie auch Beiträge im Statistischen Quartalsbericht 1/2006, lassen aber erkennen, dass sich in den Ortsteilen mit dem nied-

einer familienfreundlichen, durchgrünten Stadt? In den doppelt benachteiligten Ortsteilen sind die jeweiligen Kerne bzw. Zentren weiterhin baulich und sozial zu fördern und zu stabilisieren. Aber dauerhaft leerstehende einfache Wohngebäude vor allem aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sind abzubrechen – und zwar möglichst an den Rändern der betreffenden Siedlungsgebiete und flächenhaft, um sie durch hochwertige Grünanlagen zu ersetzen. Zugleich sollte der sozialen Entmischung der Ortsteile entgegenge wirkt werden, indem das Verbleiben einkommensschwacher Familien in ihren angestammten Stadtgebieten gefördert und die Neuansiedlung einkommensstärkerer Haushalte in den neuen Grünvierteln erleichtert wird.

Das erfordert aber ein weitgehendes Umdenken in den Fraktionen des Stadtrates und in der Stadtverwaltung, wo Stadtentwicklung und soziale Entwicklung bisher weitgehend getrennt gesehen sowie in getrennten Gremien beraten und entschieden wurden, so dass es bisher in den Ämtern praktisch keine sozialräumlichen Untersuchungen und Szenarien gibt. Hohe Erwartungen also auch an den neuen Beigeordneten bzw. Bürgermeister für Stadtentwicklung und Bau, Martin Zur Nedden, der nun sein Amt antritt.



Sachsen i. V.

Der MDR strahlt zurzeit die Doku-Serie „Abenteuer Postkutsche. Paris–Leipzig in 30 Tagen“ aus. Unlängst erreichten die zwei Hauptdarsteller Brüssel. Wie zu erwarten, war ein Besuch der dortigen Vertretung Sachsens arrangiert. Was die sächsischen Postkutscher empfanden, als der Hausherr sie empfing, verriet ihre Mienen nicht. Er grüßte in unverkennbar schwäbischem Tonfall.

Kein Wort gegen den jovialen Herrn. Aber mit einem Mal waren meine Gedanken nicht mehr bei der Sendung, sondern bei einem zeitweilig beliebten Wetspiel, das mit Sachsens Ministerialbürokratie zu tun hat. Bevor man einen Beamten im Ministerium anrief, hatte man zu raten, ob er sich bayrisch oder schwäbisch meldet. Solche Wetten sind aus der Mode. Der Anlass freilich längst noch nicht, obwohl seit Beginn der neuen Kolonisation viel Zeit verfloß und zudem auf Eigenständigkeit der Länder gepocht wird. Aber in Staatsfragen ist uns Sachsen offenbar nur mit Vorsicht zu trauen.

Wir dürfen dennoch von Glück reden. Nach der Völkerschlacht von 1813 – Friedrich August stand auf der falschen Seite – mussten unsere Vorfahren ein „General-Gouvernements-Blatt für Sachsen“ lesen (von 1816 an „Amtsblatt der Königlich Preussischen Regierung“). Heute genügen zivile Gouverneure in Blättern und auf Posten.

• G. BRAUN

„Die Deutsche Bahn muss in Bundeshand bleiben!“

Vorstoß der Linksfraktion im Landtag gegen Veräußerungsvarianten

LN. Am 19. Juli debattierte der Sächsische Landtag über die Große Anfrage der Linksfraktion.PDS zur „Zukunft der Eisenbahn in Sachsen – Gutachten über Privatisierungsvarianten der Deutschen Bahn mit und ohne Netz“. Was auf dem Spiel steht, erläutert Dr. Monika Runge, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion:

Die Schienen-Infrastruktur zusammen mit dem Betrieb der Deutschen Bahn AG muss in der finanziellen Verantwortung der öffentlichen Hand und in deren Eigentum bleiben und darf nicht dem kurzfristigen Interesse der Bundesregierung an der Sanierung des Bundeshaushalts durch einen einmalig erzielten Verkaufserlös geopfert werden.

Vor dem Hintergrund wachsender Mobilitätsanforderungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer sowie des wachsenden Transportbedarfs der Unternehmen sind erschwingliche Mobilität, Schutz der Umwelt und ein sicheres Verkehrssystem Schiene im Sinne des vom Grundgesetz formulierten Auftrages zur öffentlichen Daseinsvorsorge unentbehrlich. Weder EU-Richtlinien noch das deutsche Grundgesetz zwingen zur Privatisierung der DB AG.

Ich fordere Wirtschafts- und Verkehrsminister Jurk (SPD) dazu auf, sich endlich mit dem im Auftrag der Bundesregierung erstellten Privon-Gutachten „über die Privatisierungsvarianten der DB AG mit und ohne Netz“ inhaltlich gründlich zu befassen und darauf hinzuwirken, dass ein neues Gutachten zur Entwicklung der DB AG in hundertprozentigem Besitz des Bundes in Auftrag gegeben wird.

Selbst der Verkauf von nur 49 Prozent des Aktienpaketes Deutsche Bahn AG an private

Investorenfonds würde die Schienen-Infrastruktur und den Betrieb den Renditeerwartungen der Anleger unterwerfen und über kurz oder lang zu Streckenstilllegungen, Verringerung der Angebote, Preissteigerungen und steigenden Bundeszuschüssen für Investitionen in die Infrastruktur führen. Dies bestätigen Erfahrungen Großbritanniens, Neuseelands und Argentinien.

Damit käme die öffentliche Hand in die prekäre Situation, die Renditen der privaten Anleger subventionieren zu müssen. Der Bundeshaushalt würde damit nicht entlastet, sondern müsste den steigenden Investitionsbedarf in die Schienen-Infrastruktur auch weiterhin decken.

Auch im Interesse der Beschäftigten der Bahn AG lehnt die Linksfraktion.PDS den Verkauf dieses öffentlichen Vermögens DB ab.

Waldschlösschenbrücke

„Alternativen sind bekannt“

LN. „Es muss einen neuen Bürgerentscheid über den Bau der Waldschlösschenbrücke geben“, fordern die Dresdner Landtagsabgeordneten und Stadträte der Linkspartei.PDS Dr. Cornelia Ernst, Ingrid Mattern und Ronald Weckesser. Die Mehrheit der Bürger habe seinerzeit der Stadtverwaltung vertraut, die eine Bedrohung des Welterbes „Dresdner Elbtal“ durch den Brückenbau verneinte.

Der Erhalt des Welterbes bedeute nicht den Verzicht auf eine weitere Elbbrücke. „Die landschaftsverträglichen Alternativen zur Waldschlösschenbrücke sind längst bekannt. Sie sollten jetzt eine Chance bekommen. Auch in Köln ist es schließlich gelungen, durch alternative Planungen eine Streichung des Welterbe-Status abzuwenden.“

Am 12. Juli stellte die Linksfraktion.PDS im Stadtrat den Antrag, einen neuen Bürgerentscheid zur geplanten Brücke durchzuführen.

Auch das Kuratorium *Welterbe Dresdner Elbtal* empfiehlt eine neue Abstimmung.

„Schwester Agnes“

LN. Die Linksfraktion beantragte am 14. Juli im Landtag die Einführung eines Gemeindegewerks-Programms in Sachsen. Sie verweist darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern nach einem mehrjährigen Modellprojekt auf Rügen das System mobiler Krankenschwestern landesweit einführen will. „Wir sind offen für verschiedene Organisationsmodelle: ‚Schwester Agnes‘ könnte einer Poliklinik oder einem Pflegedienst zugeordnet werden oder freiberuflich tätig sein“, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kerstin Lauterbach.

Jugendgesetz

LN. Das allgemeine Wahlalter für Landtags- und Kommunalwahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden. Schon mit 14 soll man Einwohneranträge unterzeichnen dürfen. 16-Jährige können dem Gemeinderat angehören. In allen Kommunen sollen Jugendparlamente mit Antrags- und Rederecht im Gemeinderat entstehen. Dies sieht der von der Linksfraktion eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Sachsen vor, den der Landtag am 19. Juli in erster Lesung beriet.

1723 Lehrerstellen fehlen

LN. Im kommenden Schuljahr fehlen in Sachsen mindestens 1723 Lehrerstellen für den vom Lehrplan vorgesehenen Unterricht. Das ermittelte die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Cornelia Falken. „An den Grundschulen fehlen 300 Stellen, an den Förderschulen 380, an den Berufsschulen 565 und für den Ethik-Unterricht in allen Schularten 478 Stellen. Das Kultusministerium hat lediglich per Pressemitteilung 179 Stellen für Grundschulen in Aussicht gestellt.“ Ein Trick: Minister Flath verzichtet auf den für 2008 geplanten Ab-

bau dieser Stellen und stellt sie den Schulen zur Verfügung, ohne zu sagen, woher sie kommen. Das Defizit will er mit Klassen- und Gruppenzusammenlegungen umgehen, worüber sich Eltern beschweren. „Für uns ist unstrittig: Beim Übergang von der 1. zur 2. Klasse und von der 3. zur 4., in der die Bildungsempfehlungen vorbereitet werden, darf es keine Zusammenlegungen geben“, so Cornelia Falken. Da Stellen ausschließlich durch zusätzliche Stunden von Teilzeitlehrern aufgestockt werden, drohe auch ein Mangel an Klassenleitern.

11. Juli

Vilnius. Die UNESCO setzt das Dresdner Elbtal auf die Liste gefährdeter Weltkulturerbe-Stätten. Wird an sensibler Stelle Dresdens eine Brücke gebaut, verliert das Elbtal den Welterbe-Status.

Dresden. Gegen vier Vertreter der neofaschistischen Liedersammlung „Zu Gast bei uns“ wird ermittelt. Wohn- und Geschäftsräume in Aue, Chemnitz, Riesa und in der Sächsischen Schweiz werden durchsucht. Zeitgleich laufen Ermittlungen in Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Bayern.

13. Juli

Klingenberg. Die Vortriebsarbeiten für den Entlastungsstollen der Talsperre Klingenberg sind abgeschlossen. Der Stollen soll Wasser aus den Talsperren Lehmühle und Rauschenbach aufnehmen, damit die Staumauer Klingenberg trocken saniert werden kann.

Dresden. Caren Lay von der Linksfraktion im Landtag stellt das Modell „Teilzeit Plus“ vor. Es ermöglicht Handwerksbetrieben, Mitarbeiter zeitweise für Arbeiten in gemeinnützigen Vereinen abzustellen. Die Fraktion fordert, das in Dresden getes-

SACHSEN-CHRONIK

11. bis 24. Juli

tete Modell in ganz Sachsen anzuwenden. **Freiberg.** Für eine neue Fabrik zur Produktion von Siliziumscheiben (Waffern) begehrt der SolarWorld-Konzern Richtfest. Er gehört zu den größten Unternehmen der Solarstrom-Industrie.

14. Juli

Grimma. Zum ersten Treffen der Jugendparlamente Sachsens kommen 40 junge Kommunalpolitiker von 13 Parlamenten des Freistaats zusammen.

15. Juli

Coswig. Ein Massen-Gentest zur Ermittlung eines Sexualstraftäters beginnt. Mehr als tausend Männer zwischen 25 und 45 Jahren geben eine Speichelprobe ab.

Markkleeberg. Der rund 250 Hektar große Markkleeberger See wird offiziell eröffnet. Er entstand aus dem Tagebau Espenhain und erweitert die Seenplatte im Süden Leipzigs.

17. Juli

Dresden. Die Landesbank legt dem LB-Untersuchungsausschuss einen an 500 Stellen geschwärtzten Prüfungsbericht vor. Im Widerspruch zum Untersuchungsausschuss-Gesetz werden die Schwärzungen nicht begründet. Da CDU- und SPD-Vertreter nicht auf Einhaltung des Gesetzes bestehen, verlassen die Vertreter der Linksfraktion die Sitzung unter Protest.

18. Juli

Dresden. Sozialämter und Agenturen für Arbeit in Sachsen werden bedeutend weniger Geld für Ein-Euro-Jobs ausgeben, berichtet die Sächsische Zeitung. Grund sei eine Haushaltssperre der Bundesregierung für das zweite Halbjahr.

20. Juli

Leipzig. OB Burkhard Jung kündigt den Vorschlag an, die Stadtwerke bis zu 49,9 Prozent, Teile der Leipziger Wohnungs-

und Baugesellschaft und weitere Stadtunternehmen zu veräußern. Vom Rückkauf früher veräußerter Stadtwerksanteile besteht noch eine Kreditschuld von 199 Millionen Euro.

Dresden. Der Stadtrat lehnt den Antrag der CDU-Fraktion auf sofortigen Baustart für die Waldschlösschenbrücke mit 38:30 Stimmen ab.

Leipzig. Knapp die Hälfte der rund 950 Siemens-Mitarbeiter in Leipzig werden von Strukturveränderungen des Konzerns betroffen sein, befürchtet die IG Metall.

21. Juli

Dresden. Über 70 schulische Einrichtungen Sachsens schließen nach ihrem letzten Arbeitstag. Der Sprecher des Kultusministeriums verweist auf die Halbierung der Schülerzahlen von 750 000 im Jahr 1996 auf voraussichtlich 360 000 im Jahr 2011.

24. Juli

Leipzig. Mit einem Protestausflug an den Cospudener See („Die ostdeutsche Medizin geht baden“) beginnt ein dreitägiger Ärztestreik am Klinikum St. Georg. Anlass sind gescheiterte Verhandlungen um Tarife für kommunale Kliniken.

In der DDR“, so Ex-Regierungssprecher Heye, „hat es kein 1968 gegeben“. Wo er Recht hat, hat er Recht, der Altbundesbürger, der sich ansonsten in der DDR-Geschichte wohl nicht auskennt. Das Jahr 68 steht in der alten Bundesrepublik auch für den radikalen Protest der Jugend gegen Nazis in der Politik und Wirtschaft. In der DDR bedurfte es keines besonderen Jahres, um Lehren aus der Zeit der Naziherrschaft zu ziehen. Wir haben uns nicht nur, wie Heye meint, als antifaschistisch „begriffen“. Wir waren es auch. Im Osten wurden schon 1946 die Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet. Das Potsdamer Abkommen, das den Deutschen quasi den Antifaschismus „verordnen“ musste, kannte in der DDR jeder Schüler. Im Unterschied zur BRD wurde es hier auch eingehalten. Führende DDR-Politiker kamen aus den KZ und Gefängnissen, aus der Emigration oder aus dem illegalen Kampf gegen die Nazibarbarei, während beispielsweise der erste Bundespräsident dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zugestimmt hatte. Noch 1966 konnte ein NSDAP-Mitglied Bundeskanzler werden. Der bundesdeutsche Geheimdienst hielt, wie wir erst jetzt aus den USA erfahren, sogar Informationen über den Aufenthalt des Judenmörders Eichmann zurück, um Adenauers Staatssekretär Globke, der die Rassengesetze Hitlers

Heyes Denkfehler

Wir haben uns nicht nur als antifaschistisch „begriffen“. Wir waren es auch.

kommentiert hatte, vor internationaler Verfolgung zu schützen. Manchmal wird der DDR boshaft unterstellt, auch hier seinen Nazis in hohe Funktionen gekommen. Wer sich Verbrechen schuldig gemacht hatte, landete bei uns vor Gericht und bei Schuldspruch im Gefängnis. Wer aber glaubhaft machen konnte, an Verbrechen nicht beteiligt gewesen zu sein, erhielt in der DDR eine Chance des Neubeginns, nicht aber als Regierungs- oder Staatschef.. 1968 nahm die DDR eine neue Verfassung an. Darin wurden militaristische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass als Verbrechen bezeichnet. In DDR-Schulen kannte wohl jeder das *Tagebuch der Anne Frank*, das *Siebte Kreuz* von Anna Seghers, den DEFA-Film *Nackt unter Wölfen*, um nur einige antifaschistische Werke zu nennen. Geehrt wurden bei uns kommunistische, sozialdemokratische und bürgerliche Widerstandskämpfer genau so wie der Helden des 20. Juli 1944 gedacht wurde. Zugegeben: Jene,

die von Anfang an im Widerstand standen, erhielten eine höhere Aufmerksamkeit als jene Offiziere und Generäle, die erst angesichts der herannahenden Niederlage im 2. Weltkrieg aktiv wurden. Herrn Heye wäre zu empfehlen, sich die Lehrpläne der DDR-Bildungseinrichtungen anzusehen. Er würde selbst über seinen geredeten Unsinn staunen, wir „hätten uns um die eigene Vergangenheit nicht mehr“ gekümmert. Die Auseinandersetzung über unsere Vergangenheit war Teil des täglichen Lebens in der DDR. Dabei wussten wir wohl, dass dafür heranwachsende Generation immer wieder neu gewonnen werden mussten. Wir hielten es mit Brecht, der meinte, der Schoß sei fruchtbar noch, aus dem neonazistische Gedanken flossen. Ich habe in LN bereits über den Vorfall vom Oktober 1987 berichtet, als Skins auf Teilnehmer eines Rockkonzerts in der Berliner Zionskirche eingeschlagen, faschistische und rassistische Parolen gebüllt und das „Horst-Wessel-Lied“ gesungen haben – für Westberliner Medien

„Protestaktion gegen die DDR“. Eine 1994 gebildete „Sonderstaatsanwaltschaft“ verbuchte das seinerzeitige juristische Vorgehen der DDR gegen Neonazismus und Rassismus unter „DDR-Regierungskriminalität“. Ermittelt wurde nicht etwa gegen die Drahtzieher neonazistischer Gewalt, sondern gegen den Generalstaatsanwalt der DDR, den Stellvertreter des Justizministers und mich wegen „Anstiftung zur Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung“. So wurde und wird weiter Geschichte auf den Kopf gestellt. Wer wie Heye glaubt, dass im Osten im Gegensatz zum Westen die Auseinandersetzung über die deutsche Geschichte nachgeholt werden müsse, meint wohl, dass hier das Geschichtsbild der alten Bundesrepublik übernommen werden muss. Das ist angesichts des gegensätzlichen Verlaufs der Nachkriegsgeschichte unzumutbar. Kritisch betrachtet werden muss auch die Geschichte der alten Bundesrepublik. Das Thema Rechtsextremismus ist viel zu ernst, um es für eine Abrechnung mit der DDR zu missbrauchen. Besser wäre, damit aufzuhören, die irre Gleichsetzung von „zwei deutschen Diktaturen“ zu propagieren, was die Nazidiktatur verharmlost und neonazistisches Gedankengut begünstigt. Und was den unrechtmäßigen Vorwurf des „verordneten“ Antifaschismus betrifft, so wäre er immer noch besser als der hier zulande geduldete Neonazismus. **• EGON KRENZ**

Probleme mit der nationalen Identität

Nun sind „wir“ wenigstens Weltmeister im „Party“otismus, denn: Leute, die hier wochenlang deutsche Flaggen an allen möglichen und unmöglichen Stellen zeigten, sind vermutlich dieselben, die sich jeden Tag von BILD einlullen lassen und es zulassen, dass unsere Schulen zu Kinderbewahranstalten verkommen, die es zulassen, dass permanent an Bildung und Kultur gespart wird, um anschließend das gesparte Geld in Polizeiausrüstung und Justizvollzugsanstalten zu investieren, damit die durch Orientierungslosigkeit und Langeweile beinahe zwangsläufig straffällig gewordenen Jugendlichen weggesperrt werden können. Warum gibt es keinen Autokorso gegen Hartz IV? Warum gehen nicht eine Million Menschen vor das Brandenburger Tor gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr?

Auch ich freue mich über das Abschneiden unserer Nationalmannschaft. Alles andere wäre wohl eher unnatürlich. Und ich habe auch nichts dagegen, dass das eigene Team unterstützt wird und alle mitfiebern. Und natürlich liebe ich mein Land und bin ich (obwohl ich ja nichts dazu getan habe, hier geboren zu sein) stolz darauf, dass mein Vaterland Persönlichkeiten wie Kant, Goethe, Hegel, Marx, Engels, Luxemburg (ach nein, die ist ja auch in Polen geboren...), Thälmann hervorgebracht hat. Aber: WIR waren nicht im Halbfinale. Also ICH jedenfalls nicht. Ich habe nämlich dafür keinen einzigen Handschlag getan und befinde mich damit wahrscheinlich in Gesellschaft von über 80 Millionen Mitbürgern. Verwechselt nicht Freude über den Sieg unserer Mannschaft mit diesem wie-

der aufkeimenden dumpfen Nationalismus. Mich ärgert, dass dieselben Leute, für die Menschen polnischer Herkunft hauptsächlich arbeitsscheue, unehrliche Gesellen sind, die uns Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, nun die unbestreitbar hervorragenden Leistungen von Miroslav Klose und Lukas Podolski bejubeln. Und mich ärgert, dass mit dieser WM der Fußballsport endgültig zur Geschäftemacherei verkam, dass völlig legal bei Ebay für Eintrittskarten zum Endspiel 5stellige Euro-Summen geboten wurden, wo gleichzeitig in unserem Land, einem der reichsten dieser Erde, immer mehr Kinder in Armut leben müssen. Ich bin „gelernter BRD-Bürger“. Fast alle Leute, die mir damals begegnet sind, hatten seinerzeit so ihre Probleme mit unserer nationalen Identität. Lag wahrschein-

lich daran, dass bei uns in der BRD die Geschichte nie richtig aufgearbeitet wurde. Wie denn auch, wenn die alten Nazi-Größen, noch bevor die Ruinen wegeräumt, schon wieder in Amt und Würden bestallt waren? Vielleicht habe ich deswegen so meine Sorgen und kann dem ansonsten von mir sehr geschätzten Herrn Gysi nicht zustimmen. Ich halte dieses kollektive Fähnchenschwingen eben nicht für etwas Normales, Unverkraftetes, Souveränes. Ja, auch bei Türken, Italienern, Franzosen usw. erlebt man den patriotischen Überschwang. Aber das wirkt unverkrampter, ehrlicher, natürlicher. Dagegen halte ich dieses gekünstelt, aufgesetzt wirkende Gehabe bei uns für ein hochgefährliches Ablenkungsmanöver, mit dessen Hilfe unsere Jugend wieder in etwas hineingetrieben werden soll, das wiederum ein böses Ende nehmen könnte. **• REINER BIELICKE, LEIPZIG**

Eigentlich wollten wir der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland entkommen, wenigstens der Vorrunde. Also ab in den Radurlaub nach Portugal. Angekommen, sahen wir zunächst viele Autos mit portugiesischen Fahnen. So viele Regierungsautos konnte es doch nicht geben. An vielen Gebäuden portugiesische Flaggen. So viele offizielle Gebäude? Wir sind also wieder bei der WM gelandet. Und wir erleben ein Volk, das vom Fußballfieber erfasst war. In allen Lokalen, Bars, Bistros trafen sich Frau, Mann und Kind vor Fernsehern wieder. Manchmal wurden extra welche aufgestellt. Wir trafen einen deutschen Wirt. Nur wegen der Gäste stellt er Fernseher auf, er selbst habe mit Fußball nichts am Hut. Er kommt aus Hamburg. Gesteht, in Thüringen geboren zu sein, weil seine Eltern dorthin wegen der englischen Bomber evakuiert waren. Durch die Engländer hat seine Familie die Wohnung verloren. Deswegen sollen die Engländer bei der WM eins auf die Mütze bekommen. Wir wollen schnell wieder auf die Straße. Der Wirt hielt es in Deutschland nicht mehr aus, wegen der Steuern und der Politik und so. Seiner unbewältigten Vergangenheit konnte er offensichtlich nicht entkommen. Das Essen in der Gaststätte war übrigens vorzüglich. Wir sahen auf unserer Reise nicht nur Fahrzeuge mit portugiesischen Fahnen, auch brasilianische, angolansische, englische, ab und an auch deutsche. Kinder trugen

800 Kilometer Portugal und ein wenig klüger

neben Trikots in den Farben Portugals auch brasilianische Trikots mit den Nummern und Namen ihrer Idole. Keiner nahm daran Anstoß. Wie würde das zu Hause sein? Warum haben die Portugiesen einen so ungebrochenen Nationalstolz, obwohl sie länger unter dem Faschismus gelebt haben? Durch die Nelkenrevolution, auf die sie stolz sind? Ein anderer Umgang mit Geschichte? Auch diese Fragen sind es, die einen weiteren Besuch in Portugal erfordern. Wieder in Leipzig angekommen. Autos mit schwarz-rot-goldenen Fahnen, an Wohnungen hängen sie, viele tragen sie an Mützen, als Pulswärmer und sonst wo. Ist denn dieses Land verrückt geworden? Das können doch nicht alle Nationalisten sein, gar Rechte. Wir hatten das Gefühl, als seien wir wieder in Portugal, nur unter anderer Flagge. Ist also Normalität eingezogen. – Normal, was ist das? Etwa wenn ein linker Fußballfan sein Auto mit Schwarz-Rot-

Gold schmückt?

Aber Vorsicht! Schwappt da nicht eine patriotische Welle durchs Land und müssen wir uns als Linke nicht mit aller Kraft dagegen stemmen?

Wir hatten in Portugal ein Problem. Unterwegs und bei gelegentlichen Strandaufenthalten unterschieden wir uns nicht mehr so sehr von den Portugiesen, manchmal wurde ich tatsächlich als solcher angesprochen. Dann mussten wir ja antworten. Aber was sagen? Wir sind Deutsche, aus Germany. Aber wie wissen die dann, dass wir die anderen Deutschen sind? Vielleicht sollten wir besser sagen, wir kommen aus Ostdeutschland? Aber was ist für einen Portugiesen Ostdeutschland? Oder verwenden wir den Zusatz, wir sind aus Leipzig? Große staunende Augen. Wo liegt Leipzig? Was ist das für ein Ort?

Offensichtlich hat das große europäische Orchester, in dem Leipzig so bekannt werden will, noch gar nicht begonnen, Konzerte zu geben. Oder das Orchester spielt hervorragend, nur Leipzig ist nicht drin?

Übrigens haben wir immer gesagt, wir sind Deutsche. Wir wollten ja wahrheitsgemäß antworten.

• ILSE UND MICHAEL LAUTER, LEIPZIG

LN nutzt die Gelegenheit und gratuliert Ilse Lauter ganz herzlich zu ihrer Wahl als neue Vorsitzende der Leipziger Stadtratsfraktion der Linkspartei.PDS

Als „wahres Highlight“ von Parlamentspräsidentin Dagmar Schipanski noch am 22. Juni gepriesen, landete die große Tübke-Ausstellung im Thüringer Landtag schon kurz nach ihrer Eröffnung im tiefsten Dunkel der bundesdeutschen Scheindemokratie – dank der allseits wachsamem Thüringer Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen Hildigund Neubert. Denn die hatte die Landtagspräsidentin über die „Propagandalüge“ des Werner Tübke aufgeklärt. Daraufhin ließ Dagmar Schipanski die Radierung „Faschistischer Terror in Ungarn“ entfernen. Denn, so verlautbarte sie nun: „Das Kunstwerk zum Volksaufstand von 1956 entspricht nicht dem vom Parlament vertretenen Geschichtsbild.“ (LN informierte bereits in der vergangenen Ausgabe.)

Wären da nur nicht die Fotos aus dem Jahr 1956. Sie dokumentieren nicht nur eine, sondern zahlreiche regelrechte Kreuzigungen. Opfer eines faschistischen, terroristischen Mobs waren beliebige Passanten. Es wütete im Land unvorstellbar grausam eine Konterrevolution, die ebenso an den von ausländischen Mächten geschürten weißen Terror von 1919 in Sowjetrußland erinnerte, wie an das Wüten faschistischer SS- wie Wehrmachtshorden in eroberten Gebieten. Derzeit kursieren beide Tübke-Bildtitel „Weißer Terror“ / „Faschistischer Terror“.

Die nun also unwiderruflich abgehängte, zensierte, verbotene Radierung zeigt, wie ein Leichnam mit nacktem Oberkörper inmitten einer Menschenmenge vom Laternenpfahl abgenommen wird. Ganzseitige, detailgenaue Fotos von solchen Szenen druckte der *Spiegel* in seiner Ausgabe vom 7. November 1956. Während das Titelbild den „Liquidator eines Regimes: Ungarns Imre Nagy“ zeigte, wurden im Innenteil wirkliche Liquidatoren abgebildet, auch wenn man sie Freiheitskämpfer nannte. Zu sehen ist u. a. eine ein Krankenhaus stürmende Masse. Ein dort mit einer Kopfverletzung liegender Offizier, der auf Demonstranten geschossen haben soll, wird herausgezerrt. Die „ungarischen Freiheitskämpfer“ schleppten ihn zu einem Baum, hängten ihn zuerst mit den Füßen nach oben auf, bespuckten und schlugen ihn, bis er tot war.

Rudolf Augstein, *Spiegel*-Chef, kommentierte die Lynchfotos: „Mancher Richter, mancher Polizist und mancher Strafvollzugsbeamter, mancher Funktionär des Regimes wird schauernd an sein künftiges Schicksal denken.“ Und deutlicher, die „Helfershelfer Ulbrichts“ warnend: „Was in Ungarn geschehen ist, kann auch bei uns in der Sowjetzone geschehen ...“ Denn, man könne derart hervorbrechenden Gefühlen nicht befehlen.

Aber Augstein, in dessen Journalistenschar sich Altnazis tummeln durften, hat immer noch eins drauf zu geben: „Wer wollte mit ihnen, den heldenmütigen Märtyrern der europäischen Friedensordnung rechten“.

Neubert, Schipanski und Co. garantiert nicht. Was für Helden auch, die ihre Mitmenschen in der Kanalisation ersäufen, mit Benzin übergießen und anzünden, teeren, aufhängen, tottrampeln ... Dagmar Schipanski, die christliche christdemokratische Landtagspräsidentin, im Osten herangewachsene Professorin für Festkörperelektronik an der TU Ilmenau, plappert eigenartig unbedarft die Ungeheuerlichkeit von „Propagandalüge“ nach.

Im *Spiegel* damals tauchte auch das Wörtchen vom „elementaren“ Freiheitskampf auf. Elementar, also naturgewaltig? Am 4. November 1956 brachte die Hamburger *Welt am Sonntag* eine Reportage, in der eine Ungarin berichtet: „Erst am Samstag erhielten wir die ersten Lebensmittel. Ein Ausländer, der fließend ungarisch sprach, übergab uns vier Wagenladungen mit Blech-

Meine Gedanken eilen der Verhandlung im Bundesgerichtshof voraus. Ich nehme mir vor, meine Sache ehrenhaft zu vertreten. Ich erinnere mich an Fernsehberichte aus Karlsruhe, an jämmerliche Gestalten, die zu später Stunde bei ‚Piccolo‘ Wirres in die Kameras lallten ... Die HVA habe sie zur Mitarbeit gezwungen; sie hätten gar nicht anders können. ... Oder: Sie hätten doch auf ihre Art die Wiedervereinigung vorbereitet. Nun tat ihnen alles sehr, sehr leid. Ich will es besser machen. Trotzdem bekomme ich Angst: Werde ich das schaffen?“

Um es gleich zu sagen – ja, er hat es besser gemacht, der Heinz D. Stuckmann, alias IM „Dietrich“. Er ist weder in den Vernehmungen beim Bundesanwalt noch in

Eine Kreuzigung ist keine Kreuzigung ...

... wenn eine Neubert und eine Schipanski darin eine Propagandalüge sehen



Foto: Material des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik

büchsen und sagte, wir sollten recht vorsichtig sein, wenn wir die Büchsen öffnen. Erst später verstanden wir den Sinn dieser Worte. Zweihundert der Blechbüchsen waren mit Handgranaten gefüllt.“ Bezeichnend, dass diese Ausgabe der *Welt am Sonntag* von der bundesdeutschen Regierung eingezogen wurde. Wahrheit wird halt immer und überall zensiert, das war 1956 in der Alt-BRD nicht anders als 2006 beispielsweise in Erfurt. Dennoch gab es viele Indiskretionen, auch weltweit. So berichtete der Korrespondent der *New York World Telegramm and Sun* Mitte November, in wohlinformierten Diplomatenkreisen werde bestätigt, dass des ehemaligen Nazigenerals Gehlens neues BRD-Agentennetz beim ungarischen Aufstand eine wichtige Rolle gespielt habe. Wobei Gehlen unmittelbar Kanzler Adenauer unterstellt sei und seine Organisation aus einem dem Kanzler verfügbaren Sonderfonds finanziert werde. Dennoch: Eine Kreuzigung ist keine Kreuzigung, und von faschistischem Terror darf nicht gesprochen werden, wenn er nur den Kommunisten an die Krägen geht. Stimmt's, die Damen Neubert und Schipanski?

Bei soviel aufrechtem, Frauenvolk darf auch eine dritte nicht fehlen: Vera Lengsfeld. Die selbsternannte Fachfrau gab jüngst an einem Donnerstagmorgen so gegen 8

Uhr 45 im MDR-Kulturradio *Figaro* ihren Senf zur Sache. Kein Wort in dem Telefoninterview, worum es auf der Radierung tatsächlich geht, kein Wort von der grausamen Lynchjustiz der Straße, der Tübke, so konkret wie Zeiten überschreitend, den Spiegel vorhielt. Dafür nur Lengsfelds messerscharf in die Glieder fahrende Argumentation: Das Bild musste weg, es sei Geschichtsfälschung. Von faschistischem Terror in Ungarn 1956 könne keine Rede sein, usw. Freiheitshelden dürften nicht verunglimpft werden.

Was für eine feine Gesellschaft, die sich da für eine „demokratische Kultur der Erinnerung“ ins Zeug legt, um auch noch Prof. Volkhard Knigge zu zitieren. Der hat inzwischen – als Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora – die Tübke-Radierung erworben. Lassen wir die Frage, woher eine Stiftung Geld (bestimmt nicht wenig) für solche Käufe hat, während beispielsweise die ohnehin winzige Leipziger Gedenkstätte für Fremdarbeiter generell vor dem finanziellen Aus steht. Wobei – sie beantwortet sich von selbst: Es ist das politische Ziel, das die geldreiche von der geldarmen Stiftung unterscheidet. Und insofern darf Knigge, der es lehndend findet, „dieses Bild fruchtbar zu machen“, im *Neuen Deutschland* (22./23. Juli 06) dann auch sagen: „Und wir sind je geradezu Spezialisten darin, kritisches Geschichtsbewusstsein zu wecken, statt eindimensional ideologisches Geschichtsbild zu produzieren.“

Tatsache ist leider nur, dass diese Spezialisten aus fruchtbarer Erinnerung eine furchtbare Klitterung machen. Wovon sich jeder überzeugen

kann, der heute in das total umgestaltete Museum des ehemaligen KZ Buchenwald geht. Kommunistische Häftlinge (die die Mehrheit der Insassen stellten), scheint es im Lager so gut wie keine gegeben zu haben. Ein zweites Mal aussortiert, beseitigt. Lebensläufe von ansonsten braven SS-Mördern, die studiert oder einen Beruf erlernt hatten, gute Familienväter waren, ihren Hund oder ihre Katze liebten, sind natürlich nicht so eindimensional wie das ideologische Geschichtsbild, das in der DDR an diesem Ort gedenkend wie auch mahnend vermittelt wurde.

Nochmals: Eine Kreuzigung ist keine Kreuzigung, wenn sie Kommunisten, Staatssicherheitsleute, „Stalinisten“ trifft. Schon dumm, dass sich Augsteins Warnung an „Ulbrichts Helfershelfer“ dann 1989 nicht erfüllte. Es beherrschte eben kein faschistisch aufgehetzter Mob die Straßen, obwohl die Springerstiefel schon importiert waren und manch brutaler Glatzenhaufen sich in die Demos mischte. Aber von da an blieb die Masse der Leipziger zu Hause. So konnte ein sächsischer CDU-Minister, ein Mann, der sich später um das Amt des Bundespräsidenten bewarb, nur noch öffentlich bedauern, dass 1989 kein SEDler aufgehängt wurde. Das hätte es erspart, sich mit den Wahlerfolgen der PDS ablagen zu müssen.

• MAXI WARTELSTEINER

Wie einer Kommunist wurde und nach der Niederlage Kommunist blieb

der Gerichtsverhandlung seinem Vorsatz untreu geworden.

Die Verhaftung Stuckmanns im Januar 1994 war für viele bundesdeutsche Journalisten ein Schock. Der Gründer und Direktor der angesehenen Kölner Journalistenschule, zuvor viele Jahre Reporter der *Zeit* und des *stern* ein Stasi-Agent! Und so waren sie dann auch schnell mit ihren Verurteilungen zur Hand – weder nach dem warum noch nach dem wie seiner Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit der DDR fragend.

Ja, es gab eine Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung X der HVA, jener Abteilung, die in der Auseinandersetzung der zwei Gesellschaftssysteme sich mit den psychologischen Kampfformen befasste. Folglich sagt Stuckmann: „Ich war kein Kundschafter. Oder in der Sprache der anderen Seite: Ich war kein Spion.“ Um dann hinzuzufügen: „Das sage ich nicht, weil ich mich über diese Genossen erheben will.“

Nein, er sagt es, weil es so war, weil es auch eine geheime Kampffront gab, die mit der Aufklärung im landläufigen Verständnis nichts zu schaffen hatte.

Die „Bekanntnisse des IM ‚Dietrich‘“ sind also kein Insiderbericht eines Kundschafters, sondern die Lebensgeschichte eines Mannes vom Jahrgang 1923, der seinen Weg vom Hitlerjungen und katholischen Jungmanns zum Kommunisten beschreibt. Hier jammert nicht einer über „verlorene Jahre“, über ein „verpfushtes Leben“, sondern steht zu seinen Überzeugungen und Taten. Heinz D. Stuckmann lebt heute, um alle materiellen Güter gebracht, verarmt in Köln. – Bleibt mir nur zu sagen: Lest Stuckmann, den Kommunisten!

• EDMUND SCHULZ

Heinz D. Stuckmann: *Verdammte Kommunisten. Die Bekanntnisse des IM ‚Dietrich‘*. Kai Homilius Verlag, Berlin 2006. 309 S., Hardcover, 19,90 Euro.

Und wieder Bomben auf Libanon



Links: Touristen erobern die quirlige Metropole Beirut per Schiff



Rechts: Libanons Wahrzeichen, die Überreste des Großen Tempels von Baalbeck

Fotos: Wart

Hat es das schon jemals auf dieser wahrlich kriegerischen Erde gegeben, dass ein Krieg entfesselt wird, weil zwei Soldaten von einem anderen Staat gefangen genommen wurden?

Israel nun reklamierte diese als „Kriegsgefangene“ und erklärt der Hisbollah offiziell den Krieg. Barbarisch gebombt aber wird gegen den libanesischen Staat, seine wehrlosen Frauen, Kinder und Männer. Mag man das in Berlin oder Washington recht lau „unverhältnismäßig“ nennen, aber ist es doch ein Kriegsverbrechen. Und mit nichts zu entschuldigen, schon gar nicht mit der extremen, um nicht zu sagen extremistischen Art und Weise, wie Israel sein Existenzrecht in einem angeblichen „Land ohne Volk“ behauptet – als lebten nicht seit alters her auch die Palästinenser auf diesem Stück Erde. Israel fordert vehement die Einhaltung der UNO-Resolution zur Entwaffnung der Hisbollah. Selbst aber denkt es nicht im entferntesten daran, die grundlegende, die jahrzehntealte UNO-Resolution endlich anzuerkennen, die beiden Völker – nicht nur den Israelis, sondern gleichberechtigt auch den Palästinensern – des Recht auf einen eigenen Staat einräumt.

Aber unabhängig von der eklatanten militärischen und politischen Lage im Nahen Osten: Wer auch nur einen Tagesausflug lang in jenem Weltkulturerbe Baalbeck auf libanesischem Boden war und dabei Beirut, die moderne Hauptstadt mit ihrem Wolkenkratzermeer direkt am Mittelmeer auch nur streifte – den Schäden der israelischen Angriffe von 1982 kann er sich kaum entziehen. Sie sind – trotz eines schier grandiosen Aufbaus – allgegenwärtig. Sie waren der Preis für die tiefe Solidarität mit den

palästinensischen Brüdern und deren Kampforganisation, der PLO.

Als die israelische Armee im Juni 1982 nach Beirut vorstieß, wurde die Stadt Schauplatz der bis dahin schwersten militärischen Konfrontation zwischen dem palästinensischen Widerstand und der israelischen Armee. Westbeirut mit den Stadtvierteln, in denen die PLO-Stützpunkte lagen, wurde wochenlang von einer „Mauer aus Blut und Blei“ eingeschlossen und von den Israelis aus der Luft, und von See her unter Feuer genommen. Ziel war die Kapitulation Yassir Arafats und Tausender seiner Fatah-Kämpfer.

Als Gegenleistung für einen vollständigen Abzug ihrer Formationen aus dem Libanon garantierten die USA der PLO schließlich, sie auf dem Weg zu einem eigenen Staat in Palästina zu unterstützen. Auf US-Truppentransportern verließen Tausende Kämpfer Beirut – um aufs Neue heimatlos zu werden. Arafat selbst musste ins 2000 Kilometer von Palästina entfernte tunesische Exil.

Die PLO verlor 1982 ihre eigenständige Präsenz im Konfliktgebiet. Zwölf Jahre vorher schon hatte König Hussein von Jordanien im sogenannten „Schwarzen September“ den Fedayin Arafats das Asyl aufkündigt. Wiederum zwölf Jahre nach Beirut, im Juni 1994, konnte der PLO-Chef aufgrund der Osloer Verträge als „Präsident“ in die Westbank zurückkehren. Tatsächlich war er Geisel einer palästinensischen Autonomie von Israels Gnaden.

Doch zurück: Selbst die Serpentin, an denen sich Beirut an die 1000 Meter in die grüne Höhe hinaufrankt, sind seit 1982 gesäumt von vielen nur notdürftig wieder aufgebauten Häusern. Immer wieder Fassaden mit

Kriegspuren, immer wieder Fabrikruiuen. Und dann, als die Stadt sich endlich in den Wiesen und Tälern eines wunderschönen Gebirges verläuft, schmerzen die von Kratern unterbrochenen Schienen, die in die Tiefe gerissenen Eisenbahnbrückenkonstruktionen und Reste von Betontunneln und Bahnhöfen, die den Bomben ebenfalls nicht standhalten konnten. Sie waren ja für den Frieden gebaut. Wundert es, wenn in diesem Land das Wort Israel wie ein Feuerzeichen brennt? Wundert es, wenn ein Gast alles haben darf, nur keinen israelischen Stempel in seinem Pass? Er kommt nicht ins Land. Auf keinen Fall. Kleinlich das? Hart vielleicht, wenn damit eine ganze Reisegruppe Gefahr läuft, dieses überwältigende, dieses monströse, dieses filigrane, dieses einzigartige Baalbeck nicht sehen zu dürfen. Aber kleinlich, nein!

Ganz in der Nähe der größten Tempelanlage der Welt schlugen dieser Tage israelische Raketen ein.

Die libanesischen Hisbollah-Miliz, die die zwei Soldaten entführte und damit scheinbar den Krieg auslöste, hat inzwischen ebenfalls Dutzende Raketen abgefeuert, auch auf unschuldige, unbeteiligte, friedensehnsüchtige jüdische Frauen, Männer, Kinder ...

Zur Beruhigung und zur Hoffnung las ich bei alten jüdischen Weisen nach fand mich bestätigt im religiösen Grundmotiv, in der zweitausend Jahre alten Überlebensweisheit des jüdischen Volkes: Ein Gramm Friede wiegt schwerer als 1000 Zentner Krieg.

Aber wo auf der Welt hält sich eine kapitalistisch gesteuerte Regierung an die Weisheit seines Volkes, an die Erfahrungen seiner Geschichte, an die Religion ...

• FRANZISKA STEINER



Seit 24 Jahren in der Todeszelle

Besteht noch Hoffnung für Mumia Abu-Jamal?
Wird der Fall nach dem 20. Juli neu aufgerollt?

sofern der Beschuldigte ein Farbiger ist. Seit 1982 sitzt Mumia in der Todeszelle und kämpft um die Wiederaufnahme seines Verfahrens. Ein Teilerfolg dieses von einer breiten internationalen Solidaritätsbewegung unterstützten Kampfes war die vorläufige Aufhebung des Todesurteils gegen Mumia Abu-Jamal im Dezember 2001 durch den zuständigen Bundesrichter Yohn; der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und die Anhörung aller neuen Unschuldsbeweise wurde jedoch abgelehnt.

Die Verleihung der Ehrenbürgerschaft von Paris im Oktober 2003 sowie von Saint Denis, einem Vorort von Paris, im April 2006, verbunden mit der Namensgebung Rue Mumia Abu-Jamal für eine neue Straße, haben bei den Gegnern rechten Polizeigewerkschaft FOP, heftige Reaktionen ausgelöst. Im Kongress von Pennsylvania wurde eine Resolution verabschiedet, die St. Denis auffordert, diese Namensgebung rückgängig zu machen, anderenfalls solle die französische Regierung die Gemeinde dazu zwingen.

Die Verteidigung Mumia Abu-Jamals muss bis 20. Juli 2006 eine Eingabe beim Bundesberufungsgericht einreichen, in

der sie begründen, wieso dieser Fall erneut aufgerollt werden muss. Sie wollen dabei drei Punkte anführen:

Die Zusammensetzung der Geschworenen, die fast nur aus Weißen bestanden. Die Rolle des Richters Sabo, der öffentlich äußerte: „Ich werde helfen, den Nig-

ger zu grillen“.

Die Rolle des Staatsanwaltes, der den Geschworenen beschwichtigend erklärte, sie könnten ihn ruhig zum Tode verurteilen, er hätte dann immer noch die Möglichkeit der Berufung.

Die Verteidigung rechnet damit, dass das Urteil zur Eingabe etwa am Jahresende gesprochen wird und dass die unterlegene Seite zum Obersten Bundesgericht gehen wird, dessen Urteil dann bindend ist.

• HELMUT ULRICH



Der Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë, überreicht Angela Davis die Ehrenbürger-Urkunde der Stadt Paris für Mumia Abu-Jamal

Der afroamerikanische Journalist Mumia Abu-Jamal, dem der Bürgermeister von Philadelphia wegen seiner schonungslosen Berichte über brutales Verhalten der Polizei gegen Schwarze öffentlich gedroht hatte: „Warte nur, dich kriegen wir noch“, wurde am 9. Dezember 1981 mit der Anschuldigung, einen Polizisten erschossen zu haben, verhaftet. Der sich daran anschließende Prozess, in dessen Ergebnis er zum Tode verurteilt wurde, war eine einzige Farce (LN berichtete darüber), wenn auch nicht untypisch für die Justiz in den USA,

Aus heutiger Sicht ist das eindeutig: Mit dem Tod Beethovens 1827, Schuberts 1828 und Webers 1826 endete eine große Epoche der deutschen Musikgeschichte. Zwar schrieben Deutsche und Österreicher fleißig weiter, doch keiner erreichte dieses Format. Gefällig Unterhaltendes und Virtuoses bekamen Raum. Selbst Werke ernsthafter Komponisten wie Ludwig Spohr und Heinrich Marschner konnten sich nicht auf Dauer behaupten. Einzig die Ouvertüren „Ein Sommernachtstraum“, „Die Hebriden“, „Meeresstille und glückliche Fahrt“, die „Italienische Sinfonie“ von Mendelssohn Bartholdy ragen heraus.

Von **WERNER WOLF**

In dieser Situation entschloss sich der am 8. Juni 1810 in Zwickau geborene Robert Schumann als Zwanzigjähriger, das von der Mutter gewünschte Jurastudium aufzugeben, um sich in Leipzig der Musik zu widmen. Die vom Klavierpädagogen Friedrich Wieck favorisierte Laufbahn als Pianist verhinderten infolge übermäßigen Übens verletzte Sehnen der rechten Hand. Zugleich führten erste für Klavier geschriebene Werke zur Anerkennung im Kreise Leipziger Intellektueller und Künstler. Sie erweisen sich als klingender Ausdruck der Gesinnung, zu der sich Schumann „Zur Eröffnung des Jahrganges 1835“ in der von ihm 1834 gegründeten „Neuen Zeitschrift für Musik“ mit untrüglichem Gespür bekannte: „an die alte Zeit und ihre Werke mit allem Nachdruck zu erinnern, darauf

aufmerksam zu machen, wie nur an so reinem Quelle neue Kunsts Schönheiten gekräftigt werden können, - sodann die letzte Vergangenheit (die nur auf Steigerung äußerlicher Virtuosität ausging) als eine unkünstlerische zu bekämpfen, - endlich eine neue poetische Zeit vorzubereiten,

Eine neue poetische Zeit

Vor 150 Jahren starb Robert Schumann

beschleunigen zu helfen“. Schumanns Kenntnisse und Fähigkeiten führten zu einer ganz eigenen Klangpoesie in freien Fantasieformen. Die Titel der bis 1840 einzig für Klavier geschaffenen Werke fordern Spieler und den Zuhörer heraus: Papillons, Davidsbündlertänze, Carnival, Kinderszenen, Kreisleriana, Novelletten, Romanzen.

Eine neue Schaffensperiode begann 1840, im Jahr der erst durch Gerichtsbeschluss möglich gewordenen Ehe mit der Tochter Clara seines Lehrers Wieck. In der nach der Hochzeit bezogenen Wohnung im neuen Heim in der Leipziger Inselstraße 18 - dem heutigen Schumann-Haus - bahnte sich Schumann den Weg zum Sinfoniker, zur großen Form insgesamt. Diese Wohnung war in den vier Jahren, die die Schumanns in ihr lebten, Treffpunkt internationaler Größen der Musikkultur. 140 Lieder, in denen die in den Klavierwerken ausgeprägte Klangpoesie zu einer einzigartigen Einheit mit den Dichtungen verschmolz, schuf Schumann 1840. Nicht zuletzt durch die 1838 bei Franz Schuberts Bruder Ferdinand entdeckte große Sinfonie C-Dur angeregt, entstanden 1841 die erste und die nach einer Überarbeitung als vierte heraus-

gegebene Sinfonie, das sinfonische Werk „Ouvertüre, Scherzo und Finale“ und die als Fantasie bezeichnete Erstfassung des 1845 mit einem zweiten und dritten Satz erweiterten Klavierkonzertes - Werke, die aus dem beschworenen „reinen Quell“ Kraft schöpften und ebenfalls für eine neue

poetische Zeit stehen. Das Recht bezeichnet Hans-Joachim Köhler in seiner kürzlich im Altenburger Kampfrad-Verlag erschienenen, auf dem neuesten Stand der Forschung stehenden Biographie „Robert und Clara Schumann - ein Lebensbogen“, diese Zeit als den Lebensmittelpunkt der beiden. In den Jahren seit der Übersiedlung nach Dresden und ab 1850 in Düsseldorf konnte Schumann auf dem Erreichten weiterbauen. Doch die mit diesen Werken verbundenen Anstrengungen und Probleme, die sich auch aus Claras Konzerttätigkeit ergaben, führten zwischenzeitlich und in den letzten beiden Lebensjahren vor seinem Tod am 29. Juli 1856 zu schweren gesundheitlichen Problemen.

Umso mehr Anerkennung verdient, welchen Ausdrucksreichtum auch die in den letzten Schaffensjahren vor dem psychischen Zusammenbruch Ende Februar 1854 komponierten Werke besitzen: die zweite und die dritte Sinfonie, die Oper „Genève“, das Liederspiel „Der Rose Pilgerfahrt“, das Violoncellokonzert, die Fantasie und das Konzert für Violine und Orchester, Konzertstücke für Klavier und für vier Hörner, Kammermusiken verschiedener Besetzungen. Kaum verständlich ist, warum die am Ende des Schaffens entstandene Messe und das Requiem in Leipzig negiert werden.

Hitlers Bildhauer salonfähig?

Als Albert Speer 1936 begann, Berlin als „Germania“ umzuplanen, war Arno Breker mit von der Partie. Er sollte das Ganze ästhetisch verbrämen. Auf ihn war Hitler durch dessen martialischen Figuren im Olympiastadion aufmerksam geworden. Hyperidealisierte, athletische Übermenschen in Bronze. Breker stellte seine künstlerischen Fähigkeiten freiwillig in den Dienst der NS-Diktatur. Bis zu seinem Tode gab es von ihm keine Reue. Die ästhetische Seite der Breker-Kunst scheint klassizistisch zu sein, nur die Inhalte passen eben nicht. Er suchte weder das klassische Schönheitsideal mit allen seinen Facetten von formvollendeter Figürlichkeit, noch haben seine Arbeiten einen Ausdruck von Humanismus. Kurz gesagt - sie stehen in der NS-Ideologie und sind eher Kampfmaschinen als Menschen.

Für den Literaturnobelpreisträger Günter Grass hat Breker durchaus Talent. Darum müsse er gezeigt werden. Auch Kulturstatsminister Bernd Neumann meint, Brekers Arbeiten dürften der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Konsequenz gegen die Breker-Präsentation ist der Präsident der Akademie der Künste, Klaus Staeck, weil der Verdacht bestehe, „dass in Schwerin in Wahrheit an der Rehabilitierung Brekers gearbeitet wird. Er hat sich gegenüber der Kunst und einem humanen Menschenbild schuldig gemacht...“ Kornelia von Berswordt, Direktorin des Staatlichen Museums in Schwerin meint: „Arno Brekers Werke heute zu zeigen, bedeutet die Unkunst des Nationalsozialismus im Sinne der Kunst diskutieren zu wollen und Breker letztlich salonfähig zu machen.“

Diesen Verdacht belegen sowohl die Ausstellung als auch ihr Katalog „Zur Diskussion gestellt: der Bildhauer Arno Breker.“ In dem Vorwort stellt der Schweriner Kulturdezernent Hermann Junghaus, CDU, fest: „Mit dieser Ausstellung, die den Versuch unternimmt, unterschiedliche Facetten von Brekers zu beleuchten, betreten wir kulturpolitisch Neuland!“ Das mag wohl stimmen. In der Porträtsammlung stehen sie nebeneinander: Adenauer, Erhard, Dalí sowie Peter Ludwig und Ernst Jünger. Gemeinsam mit Hitler haben Jünger und Breker, letzter in SS-Uniform, 1940 das besetzte Paris besucht. Damals bekam der Bildhauer von seinem Führer das Landschloss Jäckelbrück geschenkt. Nun wird einem, der seine Seele an die Nazis verkaufte, in dem armen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern für 55.000 Euro eine Ausstellung in Schwerin gewidmet. Ist Arno Breker damit wieder salonfähig?

• **KARL-H. WALLOCH**



Die Ehe als Vorstufe des Dramas: Alice (Simone Cohn-Vossen) und ihr Bürgermeistergatte (Matthias Dittmer).

FOTO: ROLF ARNOLD/SCHAUSPIEL LEIPZIG

Ein sommerlicher Schlafzimmerblick

Bei diesen Temperaturen sollte es leicht bekömmlich sein ... sagt auch das Schauspiel Leipzig und präsentiert in Koproduktion mit dem Eurostudio Landgraf auf der Bühne im Clara-Zetkin-Park einen Theaterspaß. Im „Schlafzimmer von Alice“ entdecken wir eine frustrierte Ehefrau, die mit einem glattgebügelten Bürgermeister verheiratet ist. Am Silvesterabend verschwindet der spurlos. Der Fall gibt Rätsel auf und das eheliche Schlafzimmer wird zum Mittelpunkt. Garniert mit Schwiegermutter, Imageberater, einer Journalistin mit Ananas-Diät-Wahn sowie einem ominöser Einbrecher, der sich als Robin Hood der schmachtenden Herzen entpuppt. Autor Ulrich Hub, Jahrgang 1963, hat mit dramaturgischem Gespür eine Mischung aus Vorstadtkrimi, Schwank und Lokalpolitikersatire gemixt. Regisseur und Intendant Wolfgang Engel serviert die Schlafzimmerstorys rustikal und temporeich. Simone Cohn-Vossen gelingt die Mutation vom Frauchen zur eiskalten Lady. Matthias Dittmer überzeugt als Bürgermeister, der zwischen amourösen und politischen Affären zerrieben wird. Hingucker des Abends: Matthias Brenner, gestandener Schauspieler und Regisseur, als trunkener Polizeipräsident im rosa Hasenkostüm.

• **D. M.**

Wer sich auf die schöne, widersprüchliche Tätigkeit des Filmregisseurs einlässt, der kann manchmal regelrecht zweifeln. So erging es beispielsweise Heiner Carow bei seinem zweiten DEFA-Projekt „Sie nannten ihn Amigo“. Es erlebte seine Uraufführung im Januar 1959. Die Handlung setzt 20 Jahre früher ein. Da begegnet ein 13-Jähriger Junge rein zufällig im Gerümpelkeller seines Wohnhauses einem ängstlichen, furchtbar aussehenden Mann. Es ist ein aus dem Konzentrationslager geflohener politischer Häftling. Sein junger Entdecker Rainer, genannt Amigo, weiß als Sohn eines der KPD nahestehenden Vaters, in welche Gefahr er sich und seine Eltern stürzt, wenn er dem steckbrieflich Gesuchten hilft. Aber er tut es! Warum zweifelte Heiner Carow als er seinen Film in den Kinos sah? Und auch manche Schlagzeile fragte damals: Warum dieser Schluss? In unsentimentalen Bildern erzählt der Regisseur nach einem Szenarium von Wera und Klaus Küchenmeister,

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Amigo

Von **MICHAEL ZOCK**

dass Amigo für die Feigheit anderer büßen muss. Carow findet dafür Momente, die lange bevor Frank Beyer „Nackt unter Wölfen“ drehte, stark berühren und das Thema Kinder im Konzentrationslager dem Kinopublikum seinerzeit nahe brachten. Zunächst hatten sich Regisseur und Autoren einen poetischen Schluss ausgedacht: Ein Blick in Berliner Hinterhöfe im Nachkriegsdeutschland. Der inzwischen erwachsene Amigo - er hatte überlebt - kauft Brötchen. Der Regisseur unterlag jedoch bestimmten Einflüsterungen, die ihm rieten,

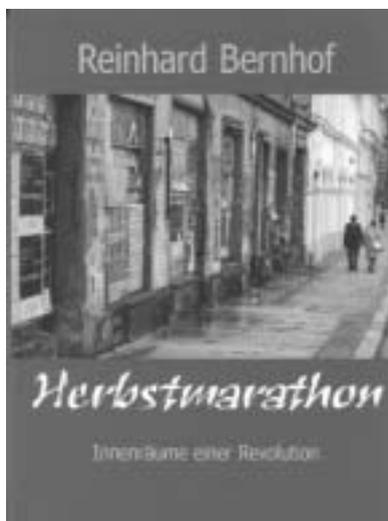
dieser Schluss sei zu wenig kämpferisch. Und so dient Amigo in den letzten Bildern des Films als Panzerfahrer in der jungen Nationalen Volksarmee. Dieser Schluss irritierte und ärgerte den Regisseur später so

sehr, dass er jede Gelegenheit nutzte, aus den Kopien diese Szenen zu schneiden. Dieser Tage ist „Sie nannten ihn Amigo“ nach Jahrzehnten des (Fast-)Vergessens auf einer DVD erschienen, in der Fassung gegen die sich der inzwischen verstorbene Carow nicht mehr wehren kann. Aber es ist nunmal die originale Version des Jahres 1959. Jeder filmhistorisch Interessierte sollte sich diesen in seiner Widersprüchlichkeit hochinteressanten Film nicht entgehen lassen. Auch um so hervorragenden Darstellern wie Fred Düren, Angelika Hurwicz, Wilhelm Koch-Hooge und Erich Franz zu begegnen. Der Amigo wurde vom damals blutjungen Ernst-Georg Schwill mit höchster Sensibilität gespielt. Übrigens: Heinz Schubert (das spätere „Ekel Alfred“) agiert hier als übler Gestapomann.

Missbrauch und abgewickelt – das Ende einer Revolution – Einblicke in sorbische Gegenwartsliteratur

Reinhard Bernhof will dem Leser aus der Sicht eines Mitgestalters des *Neuen Forums* in Leipzig Einblick in die „Innenräume einer sanften und abgewickelten Revolution“ geben. Er wendet sich gegen „unzulässige Verfestigungen“ und will Bürger würdigen, die den Aufbruch im Herbst 1989 mit initiiert haben und „heute hinter den gängigen Heldenatrapen verschwunden sind“. Das klingt nach Enttäuschung, nach Verbitterung über die „andersartige Macht-Ergreifungen“, über das „erneute Umkippen in opportunistische Anpassungshaltung, zu Massenspaß und Massenarbeitslosigkeit“.

Bernhof wollte nicht die DDR von außen anbellern, sondern in ihr wirken – gleich einer Kapsel, „ohne die Hoffnung aufzugeben, dass darin eines Tages doch ein menschlicherer Sozialismus keimen könnte“. Was Bernhof darüber mitzuteilen hat, sind sachkundige Informationen über den Anfang und das Ende des *Neuen Forums* als Bürgerbewegung in der DDR. Er belegt, dass das *Neue Forum* kein auf die Liquidierung der DDR gerichtetes kontrevolutionäres Aufbegehren war. Im Gegenteil. Frühzeitig erkannte er die aufkommenden Gefahren für den durch das *Neue Forum* ausgelösten Prozess der grundlegenden demokratischen Erneuerung



der DDR. Mitten im Umbruch – neue Parteien und Organisationen waren mit bundesdeutscher Hilfe entstanden – kommt er zur Einsicht: „Und zu guter Letzt werden wir, die wir alles ansahen ..., weggedrängt, wenn wir uns den Westdeutschen, die uns mehr und mehr wegdrängen von unserer Revolution, nicht genügend und mit Nachdruck entgegenstellen.“

Doch dazu kam es nicht. So trat die Situation ein, in der das *Neue Forum*, das für zwei, drei Monate eine Massenbewegung war, täglich mehr schrumpfte, „ein bestürzender Schwund, uner-

wartet, überall ... Die ‚Revolution‘ lag in den letzten Zügen.“ Bernhof erkannte, dass „von dem Aufbruch aus eigener Kraft nicht mehr viel übrig bleiben würde“, dass der Kapitalismus nun als „Sieger der Geschichte mit all seinen alarmierenden Konsequenzen ... noch mehr als bisher alles unter seine Füße treten werde, was sich ihm entgegenstellte“. Der Westen habe zwar mehr Glanz, mehr Lebendigkeit, mehr Reichtum, aber keine Antwort darauf, „die Zukunft ohne Angst und Krieg zu gestalten“. Und der „Freie Markt“, so antwortet er fragend, „auch nur ein anderer Ausdruck für das Recht auf Regenwaldvernichtung, Krieg und Völkermord?“

Als Helmut Kohl seinen ersten großen Auftritt auf dem Leipziger Karl-Marx-Platz hat, geht Reinhard Bernhof nicht hin. Die vom *Neuen Forum* ausgegangene demokratische Revolution war endgültig abgewickelt worden. Jetzt wurde der Osten zielgerichtet zum Westen gemacht. Die kapitalistische Bundesrepublik hatte begonnen, sich bis zur Oder zu erweitern.

• KURT SCHNEIDER

Reinhard Bernhof: *Herbstmarathon. Innenräume einer Revolution. Erweiterte Neuauflage. Plöttner Verlag, Leipzig 2006. 199 S., 10,90 Euro*

Die sorbische Literatur hat es schwer, sich hierzulande zu behaupten. Zu schwach ist die Lobby im etablierten Literaturbetrieb, der Widerhall in der Presse und den Regalen der Buchhandlungen.

Maria Matschie, Leiterin des auf sorbische Publikationen spezialisierten Domowina-Verlages in Bautzen, benennt weitere Probleme: „Wir Sorben haben – wie die Bevölkerung in Ostdeutschland überhaupt – einen gravierenden Geburtenrückgang nach der Wende zu verkraften. In den letzten Jahren sind aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation in der Lausitz viele, vor allem junge Menschen in den Westen gezogen.“ Wer sich für aktuelle sorbische Lyrik und Kurzprosa interessiert, dem sei die aktuelle Ausgabe der Dresdner Literaturzeitschrift *SIGNUM* empfohlen. In einem umfangreichen Sonderteil (in deutscher Sprache) wird eine Auswahl neuerer Arbeiten zweisprachiger Autoren vorgestellt. Schriftstellerin Róza Domascyna analysiert im Vorwort: „Somit bleibt die Position dieser Autoren die von Außenseitern. Zumindest im eigenen Land. Dass es eine literarische Tradition in sorbisch-wendischer Sprache gibt, ist weniger bekannt.“

Neben der Lyrik von Róza Domascyna und Merana Cuscyna überzeugt Merka Metowa mit ihrer traurigen wie rührenden Kurzgeschichte „Kalifornische Motten“ rund um das Thema Jugendliebe und verpasste Chancen. Lubina Hajduk-Veljkovic, die ebenfalls im *SIGNUM*-Heft vertreten ist, wird in diesem Jahr den ersten sorbischen Krimi im Domowina-Verlag herausbringen. An einer deutschen Übersetzung arbeitet sie derzeit.

• D. M.

SIGNUM, Ausgabe Sommer 2006. Verlag die Scheune, Dresden 2006. 8,20 Euro

DREIMAL GUNTER PREUß. Dreimal besondere Leseabenteuer. Preuß – inzwischen wahrhaft ein Altmeister der Kinder- und Jugendliteratur – eröffnet verwirrende Horizonte, funkelnde, düstere, feuersprühende, gewitzte. Stoff nach Nachdenken auch – oder vielleicht erst recht für Lesende jenseits der Jugend. Was hätten diese Bücher in der DDR für Auflagen haben können ... Aber immerhin, es mühen sich heute kleine Verlage um solch gute Literatur.

NICCOLÓ, ZWÖLF JAHRE, der bisher nur Interesse für Fußball, die Formel 1 und Computerspiele hatte, spürt innerhalb von ein paar Wochen dreimal sein Herz heftig klopfen. Sein Kampf um die drei Schönen ist eine sensible, ein liebevolle Innenansicht eines prächtigen Jungen, aber auch einer kaputten Jugend, einer gefährlichen Entwicklung hier und heute. Und doch gibt es Hoffnung, weil es Niccoló und die Liebe gibt, der er nachforscht wie einst Hurvinek. Spejbel würde vor Neid erblassen, könnte er Preuß' klugen Umgang mit dieser Frage aller Fragen lesen.



Gunter Preuß: *Niccoló und die drei Schönen.* Engländer Verlag, 2006. 254 S. brosch. 14,90 Euro

So etwa auf Seite 7 oder 8 blätterte ich zurück. Hatte ich überlesen, wie alt das Mädchen ist, das hier von sich erzählt. 16? Und so stark im Formulieren? Klug, dass auch doppelt so alte passen müssen. Da gehen mit dem Preuß die Pferde durch, da packt er sein ganzes erfahrenes Wissen, seine Lebensweisheit einem schließlich doch unfertigen Mädchen als zu schweren Ballast auf den Buckel. Dachte ich – nur ein, zwei Sekunden lang. Dann fiel mir D. ein, die immer ältere Gesprächspartner sucht und mir ab und an in ihrer winzigen Schrift lange Briefe schreibt, so klug, so belesen, so lebensweise, so philosophisch tief, dass mich jedesmal die Tatsache erschreckt, wie jung sie ist. Was mir gleichzeitig klarmacht, wie wenig unsereins vom Denken und Fühlen Jugendlicher weiß. D. könnte die Zwillingsschwester von *N Punkt* sein, die Preuß auf ihrem Weg der Selbstfindung in einer immer noch nicht zusammengewachsenen Ost-Welt-West belauscht. Was hat der Mann nur für einen Draht zur Jugend? Er beschreibt ja nicht nur, er lässt intime Gefühle, Träume, Schmerzen, Sehnsüchte miterleben, ganz hier und heute, eingebunden in die politischen Wirren unserer Tage. Da eröffnet sich einem Leser, für den die heutige Jugend nur laut und erlebnishungrig ist, eine gedankentiefe Welt. Wie meine junge Freundin D. hat auch *N Punkt*, Taufname Nadine, einen religiösen familiären Hintergrund. Der schärfte nicht nur ihr Gespür für menschliche Werte, für Zwischentöne, für Liebe und Ehrlichkeit, er wird ihr auch zur Bürde. Nicht nur, weil ihr Vater, ihr leibhaftiger Petrus, am Ende doch ein Judas war, an dessen Verrat ein junges Leben im Gefängnis zerbrach. Auch, weil sie die Zeit nach der Wende zu verarbeiten hat, in der sie buchstäblich und in sehr übertragenem Sinn den *Big Crash* erlebt. Weil scheinbar festgefügte Wahrheiten nicht mehr stimmen, weil West Ost auffrisst, weil Werte, die *N Punkt*, so genau gar nicht nennen kann, verloren gegangen sind.

Das Leben und der große Knall

Die – nur scheinbar ergebnislose – Suche nach ihrem Zauberer, den geheimnisumwitterten Motorradartisten Joker, zu der sie sich die Begleitung des Krüppels aus dem Westen erzwungen hat, wird zur Suche nach dem Sinn des Lebens, zum Lebenstraining und zur buchstäblichen Lebenserfahrung zweier im Spinnennetz Gefangener.

M. S. und *N Punkt* (die sich eine philosophisch begabte Schnecke nennt) müssen sich, jeder für sich, erst einmal von dieser Welt, ihren Mitmenschen ihren Familien abnabeln, eigene Maßstäbe setzen, ehe sie wieder mit der Gemeinschaft können. Auch Nadine wird sich in der Millionenvilla ihrer utriebig in der Westwelt angekommenen Eltern zurückmelden und ihnen ihre Geschichte erzählen, „wenn die sie hören wollen“.

Das klingt nicht unoptimistisch. Eine Heimkehr, die nach all den Erlebnissen und Erfahrungen im weiß-blauen München, in der Aussteigerkommune, in der Nostalgie-Disco und dem Rauschgiftabsturz trotz alledem immer möglich war. Auch *M. S.* wird der Ausflug in eine völlig neue Gefühlswelt Mut machen, sich wieder auf seine eigenen Beine zu verlassen, seinen *Big Crash*, der ihn vom Mercedes in den Rollstuhl katapultierte, zu verarbeiten.

Die Suche nach dem Zauberer, zu der Preuß die beiden Verfangenen von Leipzig aus, aus dem zementierten Betonfriedhof wie aus dem Nobelheim, aufbrechen lässt, ist ein typischer Preuß-Roman: voller Phantasie, voller Zirkusluft, voller Überraschungen, irrsinnig, irrwitzig und doch ganz erdnah. Wunderbar. Eltern und Großeltern sollten das Buch unbedingt auch lesen.

• M. WARTELSTEINER

Gunter Preuß: *Zwei im Spinnennetz.* Projekte-Verlag 188, Halle 2006. 294 S., 17,50 Euro



VOM ROSAROTEN ELEFANTEN, den beiden Faulen, der Gespenstervertreibung, vom verrückten Bauernhof und von vielem Spaßigem und Erstem mehr erzählen die bunt von Egbert Herfurth illustrierten Gedichte von

Gunter Preuß: *Fang mich doch!* Projekte-Verlag 188, Halle 2006. 57 S., 14,95 Euro



Brav oder Schaf?
Es war einmal ein Mädchen,
das lebt in einem Städtchen
und war so brav.
Da sagten alle Leute:
Was ist das für ein Schaf!

KALENDERBLATT

Ein Bundesbürger siegte gegen Generäle

Lorenz Knorr
zum 85. Geburtstag

Im Juni 1961 beschuldigte ein Redner auf einer öffentlichen Veranstaltung in Solingen die damals führenden Generale der Bundeswehr der Teilnahme an den Kriegsverbrechen der Wehrmacht. Er folgte, unter Berufung auf das Nürnberger Urteil, dass den Teilnehmern und Urheber am Massenmord der Faschisten die deutsche Jugend nicht anvertraut werden darf. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß wertete solche Aussagen als Beleidigung der Bundeswehr und stellte Strafantrag. Es kam 1962 zu einem der spektakulärsten Prozesse der Bundesrepublik: Die geballte Staatsmacht gegen einen „Verleumder“.

An die Seite Knorrs stellten sich Nobelpreisträger Bertrand Russell, Linus Pauling, Martin Niemöller und hunderte Prominente aus Ost und West.

Berge von Dokumenten wurden aus vielen europäischen Staaten vorgelegt, die die Richtigkeit seiner Aussagen bewiesen. Im Ergebnis des Prozesses blieb den Generalen nur der vorzeitige Ruhestand.

Wer war derjenige, der den Mut aufbrachte, gegen die Heusinger, Speidel, Foertsch, Ruge und Kammhuber aufzutreten? Auf seinem Absender steht schlicht Publizist, und er heißt Lorenz Knorr. Aber was hat er publiziert? Dieser Mann, der am 18. Juli in Frankfurt a. M. seinen 85. Geburtstag feierte, ist ein Urgestein im Kampf gegen Faschismus/Neofaschismus, Krieg und die Kriegstreiber.

Am 18. Juli 1921 in Eger (Cheb) geboren, nahm er schon als Jugendlicher am Kampf gegen die Henlein-Faschisten und die „Heim ins Reich“-Politik teil.

Es wird Knorr eine große Freude sein, dass kurz vor seinem Jubiläum das Buch „Geistige Erneuerung der SPD“ erschien, das an das Wirken in den 50-er Jahren erinnert, die SPD im Geiste von Marx zu erneuern. Mit dem Kurs der Schumacher und Wehner brach er, und er engagierte sich in der *Deutschen Friedensunion* und später in der *VVN/BdA*, deren Sprecher in Hessen er ist. Lorenz Knorr ist trotz seiner körperlichen Behinderung nach wie vor ein gefragter Redner und Gesprächspartner.

Seine Arbeiten sind eine wahre Fundgrube, so: *Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik; Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Deutsches Militär – von Massenmördern geprägt? Kontinuitäten des Rechtsextremismus. Ein Streifzug durch die deutsche Geschichte; Partner und Rivalen. USA und EU in der Krise.*

• HORST SCHNEIDER

Rund drei Monate nach dem Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone fanden in der britischen und in der amerikanischen Besatzungszone Großkundgebungen statt, auf denen das Zusammenwirken der Arbeiterparteien bei der Gestaltung Deutschlands nach dem Krieg im Mittelpunkt stand. Dass die Gründung der SED auch große Ausstrahlung im Westen Deutschlands ausübte, zeigten die Einladung leitender SED-Funktionäre und ihr Auftreten Ende Juli/Anfang August 1946 in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern.

So sprachen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck vom 20. bis 24. Juli 1946 auf Großkundgebungen in Braunschweig vor rund 40 000, in Essen vor rund 50 000 und in Wuppertal vor rund 40 000 Menschen. In Düsseldorf fand dazu eine Pressekonferenz statt. Pieck und Grotewohl nahmen an einer Sitzung des Betriebsrates der ehemaligen Reichswerke in Salzgitter und an einer Sitzung der Vertrauensleute in den Continental-Gummiwerke AG in Hannover teil. Die Kundgebungen bildeten einen Höhepunkt der Bewegung für die Einheit der Arbeiterklasse in der britischen Besatzungszone und waren ein deutliches Bekenntnis zur Einheit Deutschlands.

Bezeichnend für die damalige politische Situation ist ein Schreiben der britischen Militärregierung an das gemeinsame Komitee von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Organisation der genannten Großkundgebung in Braunschweig am 26. Juli 1946. Darin hieß es u. a.:

Folgende Bedingungen sind genauestens einzuhalten:

1. *Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die SPD in irgendeiner Weise mit der Versammlung in Verbindung steht. Bei allen Aushängen, Plakaten usw., die für eine einheitliche Arbeiterpartei werben, muss klargemacht werden, dass all dies Propagandamaterial von der KPD ausgeht.*

2. *Abtrünnige Mitglieder der SPD dürfen bei dieser Versammlung das Wort ergreifen oder*

Vor sechzig Jahren traten Pieck, Grotewohl, Fechner, Ulbricht und andere in Westdeutschland für die Einheit der Arbeiterbewegung auf



Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl am 8. April 1947 auf einer Massenkundgebung der KPD in Nürnberg

auf der Rednertribüne erscheinen, doch nur als Einzelperson. Wenn sie sprechen, muss klargemacht werden, dass sie nicht offiziell im Namen der SPD sprechen.

3. *Es muss klargemacht werden, dass es sich um eine reine KPD-Versammlung handelt. Wenn irgendein Versuch gemacht wird, den Eindruck zu wecken, dass die offizielle SPD in irgendeiner Weise mit dieser Versammlung in Verbindung steht, wird die Versammlung abgebrochen werden.*

Kurz darauf wurde Pieck und Grotewohl der

weitere Aufenthalt in der britischen Besatzungszone verboten. Schließlich befand sich die Zentrale der von Dr. Kurt Schumacher geleiteten SPD, die als Speerspitze gegen die Vereinigung von KPD und SPD wirkte, in Hannover.

Max Fechner und Walter Ulbricht sprachen in der Zeit vom 28. Juli bis 4. August 1946 auf Großkundgebungen in Fürth, Hof, München, München, Nürnberg und Rehau sowie auf einer Einheitskundgebung der Gewerkschaften in Augsburg über die Einheit der Arbeiterbewegung als Voraussetzung der nationalen Einheit. Außerdem berieten sie in anderen Städten Bayerns in Zusammenkünften mit Antifaschisten aus verschiedenen Parteien, Vertretern der Gewerkschaften, der Wirtschaft und Landwirtschaft, mit Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft und aus dem

Schulwesen über den Aufbau einer fortschrittlichen, demokratischen Ordnung in allen Teilen Deutschlands.

Das Auftreten der SED-Spitzenfunktionäre für ein einheitliches Deutschland auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage erfolgte zu einer Zeit, als die Westmächte die Weichen für die Spaltung Deutschlands stellten und sich Dr. Konrad Adenauer auf den Kurs *Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb* orientierte.

• WINFRIED STEFFEN

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (41)

Als um 1900 das Areal zwischen der Kaserne und der Landsberger Straße bebaut wurde, erhielten die Straßen Namen nach Waffengattungen und Leipziger Truppen. Eine hieß Ulanenstraße. Dieser Name wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als militaristisch gestrichen und die Straße wurde 1947 dem Militär und Mann des 20. Juli 1944 Erich Hoepner gewidmet. Doch 1965 musste dieser Name weichen. Neue Forschungen zum 20. Juli ordneten ihn ebenso wie Beck und von Witzleben in die Gruppe der konservativen und reaktionären Akteure des Putsches ein, und so wurden diese drei Straßennamen nach kommunistischen Widerstandskämpfern benannt. Dieser engstirnige, dogmatische Akt wurde dann 1996 wiederholt, nun aber in entgegengesetzter Richtung: Die nunmehrige Wilhelm-Florin-Straße erhielt unter Umgehung des Stadtparlaments den Namen Hoepnerstraße zurück.

Erich Hoepner, geboren 1886 in Frankfurt (Oder), trat 1905 in den Militärdienst ein und wurde noch im gleichen Jahr zum Offizier ernannt. Im Ersten Welt-

krieg diente er als Dragoneroffizier und wurde auch bei der Reichswehr in Reiterregimentern eingesetzt. Hitlers Machtübernahme erlebte er als Oberst und Chef des Stabes des Wehrkreises I in Königsberg. Hier hatte er einige sehr unerfreuliche Zusam-

und stieß mit dieser bis vor Moskau vor, wo er der Verteidigungskraft der Roten Armee Tribut zollen und zur Verteidigung übergehen musste. Hier rettete er das Leben vieler seiner Soldaten, indem er die Divisionen auf einen günstigeren Abschnitt zu-

Hoepnerstraße

mentreffen mit dem NSDAP-Gauleiter Koch, was seinen Widerwillen gegen die Nazis sehr förderte. 1937 übernahm er die Neuaufstellung der 1. leichten Division in Wuppertal, was ihn zu einem der Wegbereiter der modernen Heeresmotorisierung machte. Bereits 1938 war er an ersten Putschplänen gegen Hitler beteiligt, die jedoch wegen der Erfolge der Nazis im Sudetenland fallen gelassen wurden. Hoepner wurde Kommandierender General des XVI. Armeekorps. Mit diesem Panzerkorps nahm er am Überfall auf Polen teil und wurde dafür mit dem Ritterkreuz dekoriert. Nach dem Frankreichfeldzug war er beim Überfall auf die Sowjetunion Befehlshaber der 4. Panzerarmee

rücknahm. Er bezichtigte Hitler einer „laienhaften Kriegführung“. Der Generaloberst wurde wegen „Feigheit und Ungehorsam“ degradiert, ihm wurden alle Auszeichnungen aberkannt und er wurde aus dem Heer ausgestoßen. Er zog sich ins Privatleben zurück und lebte ganz in der Nähe von General Olbricht, der ihn in die Attentatspläne einweihte. Hoepner war als Befehlshaber des Ersatzheeres vorgesehen. Er fiel am 20. Juli in der Brendlerstraße in die Hände der Nazis. Da er sich weigerte, Selbstmord zu begehen, wurde er vor Freislers „Volksgerichtshof“ gezerrt und zum Tode verurteilt. Hier rief er seinen Henker zu: *„Ich wollte diesen Narren beseitigen. Und wenn sie mich fragen,*

ob ich diese Tat wiederholen würde, so antworte ich mit ja.“

Doch Hoepners andere Seite darf auch nicht vergessen werden: Als Befehlshaber der 4. Panzerarmee erließ er beim Überfall auf die Sowjetunion einen Tagesbefehl mit folgender Formulierung:

„Wir treten morgen zu dem großen Kampf an, den wir Germanen gegen das bolschewistische Slawentum führen müssen, um unser deutsches Volk und unsere Nachkommen zu erhalten.“ Und sechs Wochen später ordnete er an, das Dorf Straschewo *„dem Erdboden gleichzumachen“*, weil die Bewohner Partisanen gepflegt und vor deutschen Truppen gewarnt hatten. Er legte fest: *„In Zukunft wird das Gleiche mit jedem Dorf geschehen, in dessen Nähe sich Partisanen oder andere Verbrecher aufhalten ..., ohne daß hiervon sofort der nächsten deutschen militärischen Stelle Meldung gemacht wurde.“* Zur restlosen Beseitigung des Partisanenunwesens sah er den Einsatz des Giftgases Blaukreuz als *„außerordentlich wirkungsvoll und erfolgversprechend“* an.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Italien wurde Fußballweltmeister. Wer das liest und stutzt, verdient Nachsicht: Wen interessieren im Sport steinalte Nachrichten?

Uns! Denn Italien wurde Fußballweltmeister und ist zugleich Schauplatz des bisher größten aufgedeckten Fußballskandals. Das Wort „aufgedeckt“ ist von Belang, denn niemand weiß, wie es um die Fußball-Seriösität in diesem oder jenem oder dem deutschen Land steht.

Das Verblüffende an dem italienischen Skandal ist, dass man kaum Details erfuhr, dass sonst so eifrige „Schnüffler“ wie *Bild* den Fußballfan mit dem Begriff „Skandal“ abfinden und der fassungslos ist, wenn er liest oder hört, dass einige der berühmtesten italienischen Klubs aus der obersten Liga zwangsabsteigen müssen und deren Stars mitten im brütend heißen Sommer auf Arbeitssuche sind.

Hierzulande haben sich nur wenige Medien die Mühe gemacht, dem Skandal nachzuspüren und mitzuteilen, wie er zustandekam und wer ihn wie und warum organisierte. Einer der Gründe ist: Italien wurde Weltmeister. Eviva Italia! Hoch lebe Italien und seine unbestritten exzellenten Kicker. Wie diese Stars von der Mafia bewusst oder unbewusst benutzt wurden, um illegale Millionengeschäfte zu forcieren, wird kaum erwähnt. Schiebung? So schlimm wird's schon nicht sein und immerhin können die Jungens doch Fußball spielen ...

Aber: Der Begriff „Mafia“ ist in jeder Hinsicht angebracht. Dafür steht auch, dass der berühmte Mailänder Staatsanwalt Francesco Saverio Borelli die Untersuchung der Affäre übernahm, obwohl er längst Rentner ist. Der Jurist, der sich mit der Aufdeckung des größten Mailänder Schmiergeldskandals in den 90er Jahren weltweit einen Namen machte, möchte noch den Fußballsumpf trockenlegen. Und er hat schon einiges geschafft.

Dabei schien das auf den ersten Blick nahezu unmöglich, denn wie wollte er zum Beispiel nachweisen, dass

ein Schiedsrichter seine Fehlentscheidung nicht traf, weil er irrt, sondern weil er Order hatte, gelbe Karten so zu verteilen, dass die betroffenen Spieler im nächsten oder im übernächsten Spiel nicht dabei sind.

Solche Beweise juristisch hieb- und stichfest zu liefern, schien unmöglich, doch Borelli operierte „flächendeckend“. Über 13 000 Handygespräche wurden abgehört und dann erst mal festgestellt, dass es der italienischen Justiz an Schreibkräften fehlte, um die alle in die Akten zu bringen. Man traf also eine Auswahl, eine, die genügte, um die Täter zu finden. Zur „Probe“ ein Zitat von Seite 177 der Protokollbände: „Ich will, dass sie den Schiedsrichter Paparesta sofort vier bis fünf Wochen lang sperren, ich habe ihm bereits ordentlich

Seine abgehörten Telefonate ergaben, dass er landesweit den Trainern kommandierte, welche Spieler sie einzusetzen hätten, die Schiedsrichter anwies, wen sie vom Platz zu stellen haben und den Linienrichtern vorschrieb, wann sie „Abseits“ anzuzeigen haben.

Unter denen, die mit Ärger zu rechnen haben, dürfte auch Italiens Ex-Ministerpräsident Berlusconi sein, dem bekanntlich der AC Mailand gehörte und der vielleicht auch heute noch sein Eigentum ist.

Der Sohn des schon erwähnten Moggi kontrollierte wiederum den gesamten Spielerhandel in Italien. So ließ sich die Meisterschaft durch den gezielten An- und Verkauf von Spielern schon vor dem ersten Pfiff maßgeblich beeinflussen.

Aber: Italien wurde Weltmeister und Nationaltrainer Marcello Lippi, der die Mannschaft zum Titel führte, gehört – rein zufällig – zu den engsten Freunden von Luciano Moggi. Es lebe der Sport im allgemeinen, der Fußball im besonderen und – dank der Weltmeisterschaft – der italienische vor allem anderen.

Sportkolumne

Eviva Italia! Nieder mit Ullrich!

die Leviten gelesen. Und dann sind die Linienrichter dran. Solche Leute müssen ordentlich bestraft werden.“ Dann wurden unabhängige Marketing- und Verbraucherinstitute mobilisiert, die anhand von Filmaufzeichnungen rund 400 Schiedsrichterentscheidungen aus den Jahren 2002 bis 2004 kontrollierten. Das Ergebnis war fatal: Weit über die Hälfte der Entscheidungen war – mühelos erkennbar – vorsätzlich falsch getroffen worden. Das funktionierte, weil mitten in einer elektronisierten Welt die Entscheidungen auf dem grünen Rasen noch immer so getroffen werden, wie um 1900 – nach dem Ermessen eines Einzelnen! Das ganze Ausmaß des Skandals hier schildern zu wollen ist unmöglich, denn es ging ja nicht nur um Schiedsrichterentscheidungen.

Untersucht werden musste auch das Regime der Manager der berühmtesten Klubs, die die Flucht ergriffen hatten. Immerhin: Juventus Turin, Lazio Rom und der AC Florenz werden wohl in die zweite Liga absteigen müssen. Das bedeutet, dass sie weder in der Champions League noch im Europapokal spielen dürfen, was ihre Einnahmen radikal reduziert und sie in die Nähe des Bankrotts treiben wird.

Einer der „Paten“ der Fußball-Mafia war ein gewisser Luciano Moggi, offiziell Manager von Juventus Turin.

Wer in den deutschen Medien den Fall Jan Ullrich verfolgte, konnte glauben, in Deutschland herrscht dagegen Ordnung. Die Firma T-Mobile hat ihn fristlos gekündigt und damit nicht einmal die Zahl der Arbeitslosen erhöht, denn Ullrich lebt bekanntlich in der Schweiz. Schlitzohr Olaf Ludwig hielt sich wohlweislich im Hintergrund und überließ dem Sprecher Christian Frommert die Rampe. Und der bekannte: „Kenntnisse über positive Dopingtests haben wir allerdings nicht.“ Ich weiß nicht, ob Ullrich gedopt war oder nicht und denke nicht daran, darüber zu orakeln. Aber ich kenne die Branche gut genug, um sagen zu können: Kein Mensch muss seine Unschuld beteuern, wenn spanische Kriminalbeamte Journalisten wissen lassen, sie hätten in einem Kühlschrank Blutbeutel gefunden, aber bislang nicht herausfinden können, um wessen Blut es sich handelt. Wer in solcher Situation zu beweisen versucht, dass er unschuldig ist, ist schon auf dem Weg zur Bank der Schuldigen.

Nun werden also die Advokaten in Aktion treten und – prophezeie ich mal – am Ende werden die einen „Vergleich“ aushandeln.

Auch hier gilt: Es lebe der Sport!



**JETZT
AM KIOSK
ODER BEQUEM IM PROBEABO
01805 / 917 917**

[0,12 €/min]

www.melodieundrhythmus.com

**Jetzt
NEU!!**

Tübke – ein politischer Realist

Heutzutage ist es gewünscht, die Geschichte östlich des „Eisernen Vorhangs“ zu fälschen – zu leugnen, zu verzerrern, zu verschweigen – und somit auch die DDR zu „delegitimieren“, partiell sogar von Leuten linker Couleur. Eine Fiktion?

1956 kehrte ein Leipziger Ehepaar mit zwei kleinen Söhnen aus dem Schwarzmeerurlaub in Bulgarien per *Moskwitsch* zurück in die DDR.

Bereits im ersten ungarischen Städtchen hinter der Grenze unglaublich Grauenhaftes. An den Laternen der Hauptstraße erhängte Menschen! Einige Leute sind gerade dabei, diese herunterzuholen – vielleicht Arbeitskollegen, die überleben?

Einer der Knirpse fragt: „Papa, ist hier Karneval?“

Verblüfft: „Karneval, warum?“ „Die Leute sind alle so ange-
malt“.

Er meinte die blutverschmierten Gesichter von Passanten.

Der *Moskwitsch* nahm dann die Strecke nach Hause über die Sowjetunion/Polen, ohne bürokratische Formalitäten.

Tübke hat in seiner Grafik dieses Ereignis „Konterrevolution“ historisch exakt dargestellt und benannt!

Die Damen Neubert und Schipanski beteiligen sich am Fälschen. Armes Thüringen!

HERBERT GRUNIA,
LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGSNEUE veröffentlichten Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

GUTE KUNDE BRINGT DER WANDERER vom Brocken: Dort wurde der langersehnte Defibrillator in Betrieb genommen. Das scheint das gute Ende einer sich über Jahre hinziehenden misslichen Geschichte zu sein. Seit der Wiederöffnung des Brockenaufstiegs 1989 gab es für manche, die sich beim Aufstieg übernommen hatten, am Gipfel fatale Folgen. 26 Menschen starben und alle Eingeweihten wussten, dass nur ein solches Gerät vor weiteren Todesfällen bewahren konnte. Öffentliche Gelder gab es nicht und so wandte man sich an Sponsoren und fand auch welche. Spender ermöglichten es der Bergwacht dann im Frühjahr, einen Kaufvertrag für den Defibrillator abzuschließen, der allerdings erst im Sommer geliefert werden konnte. Die Bergwacht-Leute übten inzwischen den Umgang mit dem Gerät und nun kann man also hinaufsteigen und darf sicher

Den Staat in die Pflicht nehmen

Bei der teilweise schizophrenen Diskussion um die Gesundheitsreform wurden grundlegende Prinzipien, die in einem modernen demokratischen und sozialen Rechtsstaat selbstverständlich sein sollten, nicht angewendet und m. E. aus Eigennutz der verhandelnden Parteien gar nicht zur Diskussion gestellt. Ich meine Prinzipien wie „Gleichheit aller Bürger vor den Gesetzen“, „Oberstes Prinzip muss der Schutz der Gesundheit aller Bürger sein“ Zudem will man weiterhin eine „Zwei-Klassen-Medizin“.

Daher werden wichtige Probleme überhaupt nicht diskutiert: Beispielsweise, dass die Bereithaltung von stationären und ambulanten ärztlichen Behandlungsmöglichkeiten, Bereitschaft-, Notarzt- und Rettungsdiensten sowie von Pflegeeinrichtungen für alle Bürger, die ihr Leben nicht mehr selbst bewältigen können, ebenso wie Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Schulen und andere öffentlichen Infrastruktur, Bestandteil der staatlichen Daseinsfürsorge sein muss. Dies kann nicht über Versicherungsbeiträge nur der abhängig Beschäftigten finanziert werden.

Die Beiträge der Mitglieder der beiden christlichen Kirchen bezeichnet man fälschlicherweise als „Steuern“, die deshalb von staatlichen Finanzbehörden eingezogen werden, obwohl es sich hierbei um völlig private Vertragsbeziehungen zwischen Organisationen und einzelnen Bürgern handelt. Ange-

sichts dessen muss es doch erst recht möglich sein, die Kosten für echte Gemeinschaftsaufgaben der Daseinsfürsorge des Staates für die Gewährleistung einer qualitativ guten gesundheitlichen Betreuung aller Bürger ohne soziale Unterschiede und Diskriminierungen im Rahmen der Einkommenssteuer durch die staatlichen Finanzorgane einzuziehen. Damit wäre auch die Lösung der medizinischen Kosten von den Arbeitskosten verbunden.

Diese Verfahrensweise würde auch den Anachronismus von über 200 gesetzlichen Krankenkassen überflüssig machen, die mit ihren zahlreichen Mitarbeitern und den vielen hochbezahlten Vorständen nur die für die eigentliche medizinische Versorgung erforderlichen Finanzmittel verschwenden. Stattdessen könnten in jedem Bundesland ehrenamtliche Kommissionen von Vertretern der verschiedenen Leistungsanbieter unter Aufsicht der Parlamente Steuermittel auf die verschiedenen medizinischen Leistungsbereiche aufteilen. Für die Überwachung und Verrechnung der Ausgaben würde eine relativ kleine Buchführung genügen.

Die in den gesetzlichen Krankenkassen freiverwendenden Mitarbeiter sollten sinnvoller Weise in den chronisch überforderten und unterbesetzten Pflegebereichen eingesetzt und nach den dort geltenden Tarifen bezahlt werden.

Das Argument, mit dem Wegfall der Appara-

te der gesetzlichen Krankenkassen würde der Wettbewerb eingeschränkt, ist ein Scheinargument. Es kann doch nicht darum gehen, welcher bürokratische Apparat die von den Bürgern für Gesundheitsleistungen bereitgestellten Finanzmittel für möglichst viele Verwaltungsdienststellen, Werbemaßnahmen, Dividende und möglichst viele zusätzliche Statistik- und Berichtsanforderungen ausgibt. Wettbewerb im Gesundheitswesen muss in erster Linie um die wirkungsvollsten und effektivsten Methoden der Diagnostik, Therapie, Pflege und Behandlung der Patienten, der Sorge um deren Genesung und deren Wohlbefinden geführt werden. Natürlich bei ökonomischem Einsatz der Finanzmittel.

Selbstverständlich sollten auch sein: Gesundheitserziehung, vorbeugende Maßnahmen, Verbreitung der besten Methoden zur Behandlung chronischer und häufiger Krankheiten, Empfehlungen für preisgünstige und wirksame Präparate und die Überwachung einer dringend erforderlichen Impfpflicht für alle Kinder und Jugendlichen gegen die gefährlichsten Krankheiten.

Alle Modelle, die eine Zwei- oder Mehrklassen-Medizin bewirken eine Abkehr von den solidarischen Prinzipien eines demokratischen Sozialstaates hin zu einem Staat mit Reichen einerseits und Armen „die früher sterben müssen“, andererseits.

PETER JACOB, LEIPZIG

Wir sind nicht Deutschland!

(Aus der
Resolution der Jugend



Wir, das sind Schüler/innen, Studenten/innen, Auszubildende, junge Arbeiter/innen und Erwerbslose aus Gewerkschaften, Interessenvertretungen, politischen Organisationen und anderen Jugendvereinigungen (siehe Unterstützerliste).

Wir vertreten viele unterschiedliche Haltungen, aber in diesem Punkt sind wir uns einig:

Wir sind nicht Deutschland! Und: Wir wollen nicht gegen

andere Länder in den Krieg ziehen! ...

Wir sind Jugendliche, die hier leben und wir teilen die meisten unserer Probleme mit den werktätigen Jugendlichen anderer Länder. Die Geschichte hat gezeigt, dass immer, wenn wir vor allem die deutsche Jugend gegen andere Länder durchgesetzt werden sollten, dies in den Krieg führte. Zwei Weltkriege

gingen von Deutschland aus.

Diese Kriege dienten nicht den Interessen der Jugend, nicht in Deutschland und in den anderen Ländern schon gar nicht!

Die Losung „Du bist Deutschland“, stammt aus der Zeit des deutschen Faschismus und sollte die deutsche Volksgemeinschaft stärken und die Bevölkerung auf den Krieg vorbereiten.

Auch deshalb stellen wir heute fest:

Wir sind nicht Deutschland! Vielmehr wollen wir der Jugend aus der werktätigen Klasse anderer Länder die Hand reichen und gemeinsam für unser aller Interessen kämpfen!

Unterstützer:

Brandenburger Lebensart e.V. / DIDF-Jugend / Die Teilnehmer der Osterschule 2006 der SJD – Die Falken, LV Bayern / Freie Deutsche Jugend (FDJ) / GesamtschülerInnen Vertretung (GSV Bremen) / Infoladen Zulu Gorriak / Kinder- und Jugendprojekt „Die Tage der Commune“ Brecht-Eisler / Links!WASGeht München / Redaktion des Radio Himmlische Vier / Rotstift – linke Jugend Erfurt / Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bezirk Niederbayern / Oberpfalz / [solid]36 – Sozialistischer Jugendverband Kreuzberg / Verdi-Jugend Amberg-Sulzbach / Verdi-Jugend Bayern / Young Socialists – die linke Jugend Gotha

Kontakt und weitere Unterstützer-Unterstützer-Unterstützer an m.holzinger@gmx.de

Lauter harte Brocken

sein, im Ernstfall ein Rettungsgerät auf dem Gipfel zu wissen.

ÄRGERE KUNDE erreichte uns im nahen Magdeburg. Auch eine lange Geschichte, aber eher eine peinliche. Erinnern Sie sich noch an Angela Davis? Mit Sicherheit. Die berühmte Afroamerikanerin hatte sich durch Fleiß in ihrer Heimat ein Stipendium gesichert, danach in Frankfurt (Main) und Paris studiert, und sich dann dem Vorkämpfer für die Menschenrechte der Afroamerikaner in den USA, dem später kaltblütig ermordeten Martin Luther King, angeschlossen und geriet – kein Wunder im „Paradies der Menschenrechte“ – über Nacht auf die Liste der meistgesuchten Personen in den USA. Man warf ihr ohne die Spur irgendeines Beweises vor, an der Befreiung eines Gefangenen beteiligt gewesen zu sein, und weil dabei jemand ums Leben gekommen war, drohte ihr die Todesstrafe.

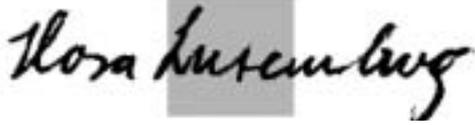
Die Geschichte war schlecht erfunden, weltweit wurde protestiert und nach 22 Monaten Haft musste sie wegen erwiesener Unschuld freigesprochen werden. Bald danach dankte sie allen, die sich für ihre Freilassung eingesetzt hatten – auch der DDR. In Magdeburg wurde sie am 12. September 1972 gefeiert und Ehrenbürgerin. Nach 1989 gab es viele Anläufe, sie aus der Liste zu streichen. Letzten Oktober beschloss eine Ratsmehrheit, sie nicht – wie alle Ehrenbürger – zum 1200jährigen Stadtjubiläum einzuladen, lehnte aber auch die Streichung als Ehrenbürgerin ab. Nach vielem hin und her wurde sie nun inoffiziell eingeladen – und hat zugesagt. Im Dezember will sie kommen, noch aber fehlt die offizielle Einnahme der Stadt. Der Streit wird weitergehen und wir werden demnächst unsere Schritte wieder gen Magdeburg lenken, um vermeiden zu können, wie die Affäre endet.

DIE NÄCHSTEN TAGE führten uns nach Thüringen. Dort ist heftiger Streit ausgebrochen, weil die Landesregierung den Zuschuss für die Thüringische Philharmonie empfindlich kürzen will. Derlei geschieht hierzulande bekanntlich fast jeden Tag, aber jetzt hat sich ein Weltstar zu Wort gemeldet und Protest angekündigt: Placido Domingo. Der hatte in Madrid davon gehört und erhob mit Nachdruck seine Stimme gegen diese Entscheidung.

UND WEN ES AN DIE OSTSEE lockt, der sollte mal einen Blick nach Gingst werfen, wo unlängst über die Zukunft des Hauses der Jugend diskutiert wurde. Das hatte die FDJ vor Urzeiten der Gingster Jugend geschenkt. Nun fehlt es am Geld, es zu unterhalten. Zwei Jahre steht es schon leer. Es könnte aber sein, dass es demnächst Denkmalschutz erhält und dann gäbe es vielleicht neue Aspekte. Allerdings: Noch immer gilt in der Bundesrepublik Deutschland das Urteil, dass die FDJ zu den verbotenen Organisationen zählt.

Was nun?

• KLAUS HUHN



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

NEUERSCHEINUNGEN 2006

Wege aus der Katastrophe. Hrsg. von Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2006. 148 S. ISBN 3-89819-229-6. Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 19. Kostenbeitrag: 7,50 Euro, Mitglieder 6 Euro.



Mit Beiträgen von Günter Benser, Jürgen Hofmann, Stefan Doernberg, Simone Barck, Gerd Dietrich, Günter Agde, Karl-Heinz Gräfe, Ernstgert Kalbe, Harald Neubert.

Die geistigen Strömungen heute und das Problem der nachhaltigen Entwicklung. Rohrbacher Kreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Rohrbacher Manuskripte Heft 12. Leipzig, 119 S., 2006. ISBN 3-9809165-7-X. 229 S. Kostenbeitrag: 9,80 Euro, Mitglieder 4 Euro.

Mit Beiträgen von Kurt Reiprich, Rudolf Rochhausen, Gotthard Klose, Wolfgang Methling, Werner Deich, Ruth Milachowski, Reinhard Mocek, Reinhold Krampitz, Hans-Gert Gräfe, Luise Neuhaus.

BESTELLUNGEN ERBETEN AN:

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Telefon: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877. Rosa-Luxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Weitere Informationen zu unseren lieferbaren Veröffentlichungen unter www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im August neu bei uns:

Bernd Wulffen: *Eiszeit in den Tropen.* Botschafter bei Fidel Castro. Links, 19,90 Euro

Stefan Kröhnert, Franziska Medicus, Reiner Klingholz: *Die demografische Lage der Nation.* DTV, 10 Euro

Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung. Hrsg v. **Ulrich Maurer** u. **Hans Modrow.** Das Neue Berlin, 12,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Waldstraßenviertel trauern um ihre Genossin

Ursula Ritzka

14. 2. 1930 – 26. 4. 2006

und ihren Genossen

Georg Ritzka

13. 10. 1929 – 12. 7. 2006

Eure Begeisterung und Einsatzbereitschaft für unsere Sache werden uns fehlen.

Wir werden euch nie vergessen.

Unsere Genossin

Anni Zimmermann

feierte am 22. Juli ihren

75. Geburtstag.

Dazu unseren herzlichsten Glückwunsch, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen.

Die Linkspartei.PDS-Basisgruppe Lößnig III

Sommerfest

5./6. 8. im Kleingartenverein „Am Kärnerweg“, Leipzig-Stötteritz, Kärnerweg 12 a mit zahlreichen Veranstaltungen für Kinder und Erwachsene sowie gastronomischen Angeboten. Gäste sind herzlich willkommen. Beginn jeweils 10 Uhr.

Bund der Antifaschisten 6.-8. 10. Gedenkstättenfahrt nach Hamburg

Teilnehmerbeitrag: 90 Euro
Übernachtung: Jugendherberge Ratzeburg

Programm:

6. 10.: 7 Uhr Abf. Leipzig mit Stadtbesichtigung Lübeck

7. 10.: KZ-Gedenkstätte Neuenengamme, alternative Stadtrundfahrt

8. 10.: Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, alternative Hafenerundfahrt, Rückfahrt

Verbindliche Anmeldung bis 31. Juli per Post an BdA Leipzig, Eisenacher Str. 72, 04155 Leipzig oder per e-mail an ddaLeipzig@web.de, verbunden mit einer Anzahlung von 20 Euro unter Kennwort „Hamburgfahrt 2006“ auf Kto. 1182724511, BLZ 86055592.



Ich bin bei LN die einzige Zeitungsente

SPENDENan:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

SPOTLESS + SPOTLESS + SPOTLESS

Das Neueste bei uns:

Kaiser/Ullrich: Olympiaische Hinterlassenschaft 1936

Vor 70 Jahren fanden die Spiele in Berlin statt. Zwei Fachleute blicken nicht nur zurück, sondern untersuchen, wie die Gegenwart mit der Wahrheit umgeht. 5,10 Euro

Stolper: Machen wir die Leute dumm oder klären wie sie auf?

Die neuesten Feuilletons des Berliner Dramatikers

5,10 Euro

Denkmann: Dabbel j u in Wal I einsteins Lager?

Der Besuch von Bush in Stralsund

3,00 Euro

Der kürzeste Weg: Bestellen

Telefon/Fax 030 24009401

oder bei SPOTLESS - Postfach 28830 - 10131 Berlin

Agentur für Senioren & Behindertenhilfe Leipzig

Unsere Dienste für Sie



Hauswirtschaft, Fahrdienst, Pflege, Beratung, Wohnsbetreuung bei Abwesenheit, Veranstaltungsorganisation ...

Sie finden uns: Ellernweg 19, 04179 Leipzig, Tel.: 0341/5501776

Internet: www.leutzschher-zweg.de

e-mail: sbh@leutzschher-zweg.de

Bereitschafts-Telefon: 0172/7962906 oder 0162/6954723

Gerhard Märker,

kein bisschen müde,
wenn es um Frieden und Gerechtigkeit in
dieser krank en Welt geht,
wird 75!

Deine Freunde, die dich schätzen und brauchen, vor allem deine klaren und messerscharfen Beurteilungen in der politischen Lage, wünschen dir beste Gesundheit und immer eine starklare Kamera.

Redaktion
Leipzigs Neue

Friedenszentrum
Leipzig

Komitee für
Gerechtigkeit

Carl - Schorlemmer- Apotheke



Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner

Fac hapo theker für

Allgemeinpharmazie

Karl sruher Straße 54

04209 Leipzig

Telefon (0341) 4 22 45 58

Arzneimittel - Information

Arzneimittel - Abgabe

Telefon/ Fax (0341) 4 12 71 91

Büro / Apothekeleiter

Vermietung in Eutritzsch

1- , 2- , 3- und 4- Raumwohnungen mit Aufzug, Balkon und Keller
Interessenten wenden sich an
Horst Brandner Funk: 0163 23 19 57 0
06 725 Elsterau OT Lützkewitz
Dorfstraße 26b

Warte, nur bald kommt Bush auch zu uns Volk wird evakuiert

Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Nur noch xxx Tage (dieses Geheimnis wagen nicht 'mal wir zu lüften), dann kommt Bush auch zu uns. Höchste Zeit. Schließlich bringen der amerikanische Steuerzahler und Leipzigs Stadtverwalter gemeinsam ihr Heu ins Trockene – dank märchenhafter Goldesel wie Abwasserleitungen, Straßenbahnschienen und was weiß selbst der Oberbürgermeister nicht alles – oder alles nicht. Man nennt es Leasing, wenn Infrastrukturelles verkauft, zurückgemietet, von Steuern abgeschrieben wird ... Nix ändert sich dabei und doch rollt der Dollar. Weil das in kein normales Hirn geht, machen es Amis und ihre ergebenen deutschen Brüder auf Teufel komm raus – bis er halt wirklich raus kommt.

Nun also will Dabbeljuh ein bisschen looky, looky machen, was wir hier an der Pleiße so mit den ihm entgangenen Steuern machen, die er nun nicht für fesche Bomben und ihre pingelig bemängelten Kollateralschäden ausgeben kann.

Der beste Freund des deutschen Volkes, der allseits unjubilte Befreier von Armut und Diktatur, der von Gott gesandte Erlöser vom Bösen darf dennoch happy sein. Die amerikanische Knete fließt auch bei uns in die Befriedung der Terrorzone, sei es in der Kanalisation, im Froschteich oder hinter jedweden Wohnzimmerfenster. Denn, dies vorweg, letztere werden sämtlich massiv vergittert. Der Prototyp ist bereits zu begutachten, siehe Foto: amerikanisches Konsulat in Leipzig (eh – wozu denn nun hier Gitter?)

Um das Jahrhundertereignis ranken sich erste irre Gerüchte. Wir bieten Paroli und verhelfen nichts als der blanken Wahrheit ans Licht. Für soviel Enthüllungsjournalismus hat Leipzigs Neue sämtliche alte Seilschaften aktiviert.

Zuerst die beruhigende Nachricht für alle linken Radikal-Chaoten: Connwitz bleibt stehen. Obwohl – wir decken es nur ungerne auf – es gab da schon ein paar Überlegungen, wie dieses verseuchte Stadtviertel, in das weder ulkige Glatzköpfchen noch blanke Springerstiefelchen Einlass finden, durch ein ungeleitetes Pleißengrabenhochwasser ratschplatsch weggeschwemmt werden könnte. Inzwischen, so ermittelten wir jedoch, will man dem Sicherheitsrisiko nur insofern be-

gegnen, als dass die Bewohner ohne Ausnahme in noch nicht näher benannten ungenutzten LPG-Stallungen interniert werden – und zwar 14 Tage vor bis 14 Tage nach dem Besuch des Allerhöchsten. Die derzeitige NATO-Draht-Knappheit verschärft sich durch diese unumgängliche Terroristenabwehrmaßnahme noch einmal dramatisch – was sich schon bis nach Guantanamo auswirken soll.

Begeistertes Volk muss natürlich trotzdem da sein. Und das wird es. Auf alten Christoleinwänden entlang der Protokollstrecke laufen Filme jubelnder Massen (Man fand nur solche vom 1. Mai. Doch Aufnahmen der Ehrentribüne mit den Staats- und Parteichefs der



DDR wurden bereits herausgeschnitten.) Wie demokratisch ausgewogen die Vorbereitungen verlaufen, beweist allein die Gründung einer staatsanwaltlichen Sonderermittlungskommission. Ihr Auftrag: Zu bestätigen, dass der treuhänderisch versickerte massive Tafelberaufsatz des Hotels Astoria unauffindbar bleibt. Das Astoria selber, das grau-sig ruinöse Original-DDR-Regierungshotel, muss natürlich sein. Nicht umsonst hat man das Denkmal am Bahnhof seit 16 Jahren vergammeln lassen. Nun kann die Stadt Leipzig dem Gast einen echten Schocker bieten. Wozu noch von der Birthlerbehörde handverlesene Gesprächspartner? Diese Mauern sagen dem göttlich Inspirierten alles über den Unrechtsstaat. Zudem: Was für eine Kulisse für unsere Änschie, wenn sie dem besten Freund des deutschen Volkes nochmals und nochmals für Frieden, Freiheit und vor allem Zivilisation dankt. Auf dass er schon wieder „einen Blick in ihre Seele werfen“ kann.

Nun noch ein paar läppi-ratschplatsch weggeschwemmt werden könnte. Inzwischen, so ermittelten wir jedoch, will man dem Sicherheitsrisiko nur insofern be-

schlöffern. Apotheken geben gegen Euro 35,00 entsprechende Mittel bei Vorlage der Hundesteuerplakette ab. Gleichzeitig haben die ehemaligen Hundebesitzer ihre Beißkörbe selbst anzulegen. • Zu ihrer eigenen Sicherheit vor den (vor allem auf roten Dächern postierten) Scharfschützen sollten Bürgerinnen und Bürger – die sich ohnehin nur außerhalb der 77-Kilometer-Sperrzone bewegen dürfen – bis 14 Tage nach dem Hohen Besuch auf Sonnenbäder verzichten. Ihr sonst dunklerer Teint könnte zu Kurzschlüssen, das heißt zu finalen Rettungsschüssen führen.

• Da sich in Mainz wie in Stralsund das Zuschweißen von mehreren hundert Gulli-

deckeln als unzureichende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme erwiesen hat, werden in Leipzig zusätzlich sämtliche Autoauspüffe, Schornsteine und Kellerluken mit Stahlblechplatten vermietet (über die Fenster sprachen wir schon). Was die Auspüffe betrifft: Sie sind, nachdem die dazugehörigen Autos in besagten 77 km Entfernung von Leipzig geparkt wurden, vom Fahrzeughalter selbst zu versiegeln. Über die gewissenhafte Ausführung ist eine eidesstattliche Erklärung beim Bezirksbürgermeister und beim Pfarrer vorlegen. • Das Sicherheitspaket – in Stralsund mit seinen rund 60 000 Einwohnern bestens bewährt – wird auf Leipzig übertragen. Wobei jeder Posten entsprechend der Einwohnerzahl mit 8 zu multiplizieren ist. Das bedeutet – nur als Beispiel – statt 20 000 dann 160 000 Uniformierte. Ostalgisches Dauernörgeln und Meckern überflüssig. Die Amis zahlen doch eh alles selbst. Siehe oben: Warum sonst hätten unsere Stadtväter in vorausschauendem Gehorsam unsere Straßenbahnschienen verleast?

Tröstet Ihre
MILIANE
MAUS



64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Schon heute fehlen in Indien 50 Millionen Frauen. Bei der brutalen Familienplanung wird der Ultraschall, obwohl verboten, für die ungeborenen Mädchen zur Todesfalle. Auf 1000 Jungen werden z. Z. im Durchschnitt 700 Mädchen geboren. Um eine Tochter zu verheiraten, muss eine Familie umgerechnet 14 000 Euro aufbringen. ZDF 6. 7.

Es gibt keinen Fall, wo ein mittelständisches Unternehmen durch die Erbschaftssteuer Pleite gegangen ist. Sie kann übrigens bis zu 10 Jahre gestundet werden. Mit dem jetzigen neuen Gesetz werden die großen Unternehmen wie Aldi, Oetker usw. bevorzugt.

Horst Seehofer: „Die Kassenärztlichen Vereinigungen kosten jährlich 500 Millionen Euro. Nach der neuen Gesundheitsreform können sie weitermachen wie bisher. Genau so gut könnte man den Vampiren die Führung einer Blutbank übertragen.“

beides ARD 6. 7.

Es gibt einen neuen japanischen Nationalismus. Japanische Lehrer werden bestraft, wenn sie die Nationalhymne nicht mitsingen. DLF 8. 7.

Das bekannte britische Model (Kate Moss) ist nach der überstandenen Kokain-Affäre besser im Geschäft als je zuvor. Ihr Vermögen wird auf mehr als 40 Millionen Euro geschätzt. LVZ 8./9. 7.

Frage an einen vielleicht 10-jährigen: Was bedeutet denn schwarz-rot-gold? „Na, na das ist die Fußballfahne.“ ARD 10. 7.

Camping galt in der DDR in den 70er Jahren als kapitalistisch-dekadent. MDR-Fernsehen 11. 7. (Das MDR-FS ist im Erfinden von Blödheiten große Klasse)

Der Pfarrer der Nikolaigemeinde durfte einen Brief seiner Gemeinde, in dem mehr Arbeit für den Frieden angemahnt wird, nicht an Bush übergeben. N3 13. 7.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

S. Jähn, versteckt und vereinnahmt

Kürzlich las ich in einer Zeitung: „Ulf Merbold – der Sigmund Jähn des Westens.“ Ulf Merbold, kennt man, westdeutscher Astronaut. So wie Thomas Reiter, z. Z. in der ISS. Lieber noch einmal nachlesen in „Der Große Brockhaus in einem Band“, F.A. Brockhaus GmbH, Leipzig 2003. Seite 665: Merbold, Ulf, dt. Physiker und Astronaut, geb. 1941 usw. Seite 840: Reiter, Thomas, dt. Luft- und Raumfahrtingenieur, geb. 1958 usw.

Und nun Sigmund Jähn. J = Seiten 497 folgende. Jähn, Sigmund = Fehlanzeige. Na, dann vielleicht unter DDR, Seite 216. Jähn = Fehlanzeige. Weiterer Versuch unter K, Kosmonaut, S. 576, Jähn = Fehlanzeige. Ach, vielleicht unter Raumfahrt, S. 830/831, Und tatsächlich: „Einzelne Missionen mit Sojus, Salut, Mir, Spaceshuttle und Spacelab boten auch Raumfahrern (insgesamt über 300) aus mehr als 25 Staaten Gelegenheit für Experimente. Dtl. z. B. 1978 (S. Jähn) mit Salut 6,“ ...

• M. E.



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig_neue@t-online.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,

Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

25. Juli

Die nächste Ausgabe erscheint am 11. August

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der

Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40

Anzeige

BÜROMÖBEL
www.buero-richter.de